

# Zusammenstellung

der im

Herzogthum Cleve,

seit seiner fremdherrlichen Occupation, zur Anwendung  
gekommenen französischen Gesetze, Beschlüsse und  
Verordnungen,

vom 24. October 1794 bis 6. September 1813,

und

von No. 1 bis incl. No. 88.

---

Als Zugabe

zur

Cleve-Märkischen Provinzial-Gesetz-Sammlung.

---



1. Eleve den 22. October 1794.

Der Stadt-Magistrat und die Landes-  
Verwalter,

publiciren einen ihnen von dem französischen Kriegs-Commissar Renoud sub dato Goch den 30. Vendemiaire III (21. Oct. c. a) zugefertigten Beschluß der Volks-Repräsentanten bei der Nord-Armee, folgenden wesentlichen Inhaltes:

1. Alle Bewohner der eroberten Lande stehen unter dem speciellen Schuß der französischen Republik in so fern sie die Waffen der coalisirten Mächte weder mittelbar noch unmittelbar befördern.
2. Diejenigen, welche einiger Verbindung mit dem Feinde, der Complotirung oder der Redeführung gegen die Republik überführt werden, sollen vor das Revolutionsgericht gestellt und nach den Gesetzen bestraft werden.
3. Die aus Frankreich verwiesenen in den eroberten Ländern wohnenden Individuen müssen Letztere, binnen 24 Stunden nach Publikation des Gegenwärtigen, räumen.
4. Den Militair-Commandanten wird die strengste Handhabung der Ruhe und Ordnung in den eroberten Plätzen eingeschärft, und haben sie darauf zu wachen, daß kein Einwohner in seiner Sicherheit und in seinem Eigenthum gekränkt, besonders aber, daß die Freiheit der Religionsausübungen nicht gestört werde.
5. Die Obrigkeiten der Städte und Gemeinden müssen die zum Dienst der Republik, an sie gerichteten Requisitionen der Kriegs-Commissäre in den gestellten Fristen, bei persönlicher Verantwortlichkeit, erfüllen, und sollen
6. diejenigen Magistrate, welche überführt werden, durch Reden oder Handlungen, Meuterei gegen die Republik erregt oder begünstigt zu haben, als Feinde des französ-

frischen Volkes von dem Revolutionsgerichte verurtheilt werden.

7. Die Polizei in den eroberten Orten ist, bis auf weitem Befehl, den Militär-Commandanten übertragen, welche auf Complotte und Anschläge der Feinde der Republik besonders zu wachen, keine Versammlungen der Einwohner zu dulden und zur Vereitlung oder Zerstreuung dergleichen, die bewaffnete Macht anzuwenden haben.
8. Die Einwohner müssen bei Todesstrafe, binnen den nächsten 24 Stunden, ihre Waffen an die Militär-Commandanten abliefern.
9. Die Assignaten werden in allen öffentlichen Kassen und Kaufhändeln angenommen; wer deren Annahme verweigert, sie verkleinert, verfälscht oder falsche in Umlauf setzt, soll vor Gericht gestellt und nach den Gesetzen der Republik bestraft werden.
10. Zur Verhütung einer Preissteigerung der Waaren und Lebensmittel, gelegentlich der Einführung der Assignaten, soll das für die Stadt Lille festgesetzte Preis-Maximum in den eroberten Ländern befolgt werden.
11. Die in den eroberten Ländern bestehenden Auflagen und Abgaben ohne Unterschied, sollen zum Vortheil der Republik fortwährend erhoben werden.
12. Die Soldaten der Republik werden die strengste Disciplin beobachten, und werden die Chefs und Generale der französischen Truppen angewiesen, diejenigen, welche sich Unordnungen erlauben möchten, vor die Kriegsgerichte stellen zu lassen.

2. Im Hauptquartier zu Granenburg den 5. Brumaire III (26. Octob. 1794).

Der Brigade-General Compere, Commandant der Vorhut der Nord-Armee, entsetzt den bisherigen Bürgermeister und die vier Scheffen der Stadt Cleve ihrer seither bekleideten Aemter und ernennet an deren Stelle einen Bürgermeister und elf Scheffen um (in solch vermehrter Zahl), als bürgerliche Chefs und erste Magistratspersonen des Herzogthums Cle-

ve, zufolge ihres geleisteten Eides, die allgemeine Landesverwaltung des Herzogthums Cleve wahrzunehmen, und befehlt, daß alle Bürgermeister, Scheffen u. a. untergeordnete Magistratspersonen sie in dieser Eigenschaft anerkennen und ihnen in Allem Gehorsam leisten sollen.

### 3. Eöln den 24. Brumaire III (14. November 1794).

Die Volk = Repräsentanten (Hausmann, Frezine und Joubert),

publiciren, Behufs der Verwaltungs = Organisation in den zwischen Maas und Rhein eroberten Ländern, sowohl die von den Einwohnern zu beachtenden allgemeinen Grundsätze als auch diejenigen Einrichtungen und Behörden, welche sie zur Handhabung der innern Verwaltung und der Justizpflege getroffen und konstituiert haben; wonach im Wesentlichen folgendes festgesetzt ist:

1. Alle Einwohner der eroberten Lande sind so fern sie die Waffen der feindlichen Mächte nicht begünstigen, stehen unter dem besondern Schutze der Republik. — Briefwechsel und Einverständnisse mit dem Feinde, Verschwörungen, Meutereien und Reden gegen die Sicherheit der Republik sollen von den Revolutionsgerichten nach der Strenge der Gesetze bestraft werden. — Abwesende, welche das Land verlassen haben um gegen die Republik Waffen zu tragen, Gegenrevolutionspläne zu begünstigen u. d. dürfen bei Todesstrafe nicht zurückkehren, ihre beweglichen und unbeweglichen Güter sind der Republik verfallen, und jeder Besitzer, Pächter und Bewahrer derselben, so wie jeder Schuldner solcher Abwesenden, ist zur Anzeigung und Auslieferung, bei Vermeidung der auf der Complicität haftenden Strafen, verbunden; so wie auch kein Schuldner derselben, sich anders als gegen die Republik, rechtsbeständig entlasten kann, und jeder seine Wissenschaft von dergleichen Verhältnissen zur Anzeige bringen muß.
2. Die besondern Gesetze, Gewohnheiten und Polizeivorschriften in den eroberten Ländern, in so fern sie nicht den Beschlüssen der Volks = Repräsentanten entgegen, oder dadurch abgeändert sind, bleiben in ihrer Kraft.

3. Alle bestehende Abgaben und Auflagen werden fortwährend, zum Nutzen der Republik erhoben.
4. Verhaftungen der Einwohner werden von den Militairgewalten auf Requisition der Obrigkeit bewirkt, wegen Schulden sind sie nicht ferner gestattet und sollen die desfalls in gefänglicher Haft sich befindenden Personen sofort entlassen werden.
5. Die Assignaten sollen bei allen öffentlichen Kassen, im Handelsverkehr, bei Schulden- und Zinsen-Zahlungen ic., überall angenommen, und nur die von den Volksrepräsentanten in klingender Münze ausgeschriebenen Contributionen, in baarem Gelde entrichtet werden. — Das in öffentlichen Kassen, bei den Gerichten, den Notarien, Wechselern und andern Depositarien vorhandene oder niedergelegte Geld, Gold und Silber soll, bei den Zahlmeistern der Militair-Kassen, gegen Assignaten umgetauscht werden, in so fern es nicht der Republik verfallen ist. — Zur Verhütung einer Preis-Steigerung der Waaren und Lebensbedürfnisse soll das Preis-Maximum der Stadt Lille einstweilen überall zur Anwendung kommen, welches auch bei der Vergütung der von der Republik requirirten Gegenstände, und der Tagelöhne zum Grunde gelegt werden soll.
6. Das Recht Contributionen auszuschreiben stehet nur den Volksrepräsentanten zu; alle ohne deren Vollmacht oder ohne Auftrag der Militair-Behörden von Privaten geschehende Requisitionen, Beitreibungen ic. sollen mit dem Tode, jede Ueberschreitung der Amtsbefugnisse oder Vollmachten von Seiten der Agenten, soll zufolge des Revolutions-Gesetzes vom 14. Frimaire bestraft werden ic.
7. Jeder Besitzer, Bewahrer oder Hehler von Waaren und Effekten, welche der feindlichen Regierung oder den Ausgewanderten zugehören, ist zur Anzeigung derselben binnen 3 Tagen gehalten, bei Vermeidung der Confiscation, einer Geldstrafe und der Behandlung als Mitschuldiger der Feinde und Emigranten. — Die, der Anmeldung unterworfenen, verheimlichten Gegenstände jeder Art, sollen confiscirt und die Hehler in eine dem Gegenstand gleichkommende Geldbuße genommen werden; der Entdecker dergleichen Hehler soll  $\frac{1}{4}$  des Werthes der confiscirten Objekte erhalten.

8. Zu Aachen soll eine Central-Verwaltung für die Länder zwischen Maas und Rhein, und außerdem noch sieben unter derselben stehende (Bezirks-) Verwaltungen errichtet werden, nämlich zu Maastricht, zu Geldern (für das östereichische und preussische Gebiet von Geldern und für die Länder Moeurs und Cleve), zu Aachen, zu Bonn, zu Blankenheim, zu Limburg und zu Spaa. — Die in diesen Bezirken bestehenden Unterabtheilungen des Landes nebst ihren Obergkeiten werden beibehalten. — Jede (Bezirks-) Verwaltung soll aus 14 Mitgliedern bestehen, wovon 7 in den verschiedenen Unterabtheilungen residiren, jedoch monatlich wenigstens einmal sich in Hauptort der Verwaltung zur gemeinschaftlichen Berathung u. versammeln sollen. — Die (Bezirks-) Verwaltungen sind mit der innern Verwaltung des Landes, mit der Promulgation und Vollstreckung der Gesetze und Beschlüsse, mit der prompten Erfüllung der Requisitionen für den Dienst der Republik, mit der Beibehaltung der öffentlichen Gelder u. beauftragt, sie können die untüchtigen oder wegen ihrer Gesinnung verdächtigen Lokalbehörden, mit Genehmigung des Volksrepräsentanten, absetzen und durch andre ersetzen und sind der Republik für die Vollziehung der ihnen erteilten Aufträge, so wie für die Solvabilität ihrer Rentmeister verantwortlich. — Die sieben (Bezirks-) Verwaltungen stehen unter der Aufsicht der Central-Verwaltung zu Aachen und mit derselben in fortwährender Verbindung und müssen die von Letzterer, zur Erfüllung der Beschlüsse der Volksrepräsentanten, getroffenen Maßregeln ausführen.
9. Bei jeder (Bezirks-) Verwaltung soll ein, aus sieben Richtern bestehendes Ober-Gericht gebildet werden, welches in allen Civilsachen, so 300 Livres Werth übersteigen, als Appellations-Instanz für die Urtheile der Untergerichte, definitiv entscheiden und, mit Ausschließung aller übrigen Gerichte, über alle Verbrechen und Frevel in letzter Instanz erkennen wird, die nach den Landesgesetzen Leibes- oder Lebenstrafen nach sich ziehen. — Das Recht soll unentgeltlich gesprochen werden. — Die Lokal-Justizbehörden sollen bis zum Werthe von 300 Livres alle Sachen ohne Berufung und definitiv entscheiden. — Das zu Aachen errichtete Revisions-Gericht soll einstweilen über alle gegen die Re-

F. Berlin den 13. März 1713.

Friedrich Wilhelm, König ic.

Die Clevische Regierung wird auf ihren, durch einen speciellen Fall veranlaßten Antrag, *ratione successionis feudalis Collateralium sowohl lineae cognaticae als agnaticae*, folgendermaßen beschieden:

„Nun seynd wir zwar, bei denen von euch angeführten Umständen allerhöchst zufrieden, daß das anno 1510 der cleve- und märkischen Ritterschaft ertheilte Privilegium „(Nro. 16 d. C.) auch auf die Collaterales sowohl in cognatica als agnatica linea, wann sie nur a primis acquirantibus herkommen, gezogen werde, es soll aber solches nicht auf extraneos gezogen, sondern nach dem litterlichen Inhalt das privilegii und der darin angeführten Bewegursach nur von denen in unsern dortigen Landen angefahrenen und ritterbürtigen Vasallen verstanden werden, wosnach Ihr hinkünftig sowohl in genere als auch (jezt ic.) in specie Euch zu reguliren habt.“

Bemerk. Unterm 25. Juli ej. a. ist gleichmäßig, gelegentlich eines Lehen-Erbfolges-Anspruchs, durch weibliche Descendenz eines nicht ritterbürtigen Vasallen, diesem zwar *ex nova gratia* nachgegeben, zugleich aber auch bestimmt worden, daß solches „auf keine Weise zu einiger consequenz gezogen werden soll, indem wir nicht wollen, daß anderer als der auf dem Landtage qualificirten Ritterbürtige Kinder weiblichen Geschlechtes des privilegii de anno 1510 *ratione der feudal succession* fähig sein können noch sollen.“ (Vergl. Beiträge zu der jurist. Litter. in d. Kgl. pr. Staaten 2r. Thl. pag. 416 und conf. überdies Nro. 1074 d. C.)

G. Cleve den 14. Juni 1713.

Königl. Regierung.

Die Landstände des Herzogthums Cleve werden aufordert Behufs der am 29. d. M., in die Hände bezeichneter königl. Spezial-Commissarien, zu leistenden Erbhuldigung, ihre Deputirte, mit genügender Instruktion und Vollmacht, nach Cleve abzuordnen.



senden und Fremden, welche Unterthanen der mit der Republik Krieg führenden Mächte sind, gezählt werden ic.

**Bemerk.** Der Vorgenannte hat unterm 6. Nivose III (26. Dez. 1794) zwei zu Brüssel am 9. Frimaire III (29. Nov. ej. a.) erlassene Beschlüsse der Volksrepräsentanten bei den Nord-, Sambre- u. Maas-Armeen publicirt, wodurch die mit den National-*Domainen* zu vereinigenden Güter näher bezeichnet, und worin, mit Bezug auf den Beschluß vom 29. Brumaire, alle frühern Bestimmungen, rücksichtlich der Entdeckung, Sicherung, Erhaltung, Besiznahme und Verwaltung ic. der National-*domainen* und sequestrirten Güter, vereinigt, sodann auch die Befugnisse, Amtsverrichtungen, Verbindlichkeiten und das Rechnungswesen der verschiedenen Beamten der National-*domainen*-Direktion bestimmt werden; in letzterer Beziehung hat die Central-Verwaltung zu Aachen am 21. Thermidor III (8. August 1795) einen unterm 13. desselben Monates erlassenen, die Attributionen der *domainen*-Direktion genauer festsetzenden Beschluß des Volksrepräsentanten (Meynard) zu Aachen, sodann auch gleichzeitig einen fernern Beschluß des zuletzt Genannten vom 16. Thermidor III publicirt, wodurch die Forst-Verwaltung in den Ländern zwischen Maas u. Rhein organisirt wird.

## 6. Aachen den 23. Frimaire III (13. Dezember 1794).

Der Präsident der Central-Verwaltung  
(Dorsch),

publicirt zwei von dem Volksrepräsentanten bei der Sambre- und Maas-Armee zu Aachen am obigen Tage erlassene Beschlüsse, wodurch zwei am 26. Brumaire III (16. Nov. c. a.) von den Volksrepräsentanten zu Brüssel an die Bewohner Belgiens gerichteten Aufrufe, wegen der willkürlicheren Annahme der französischen Assignaten, nebst angehängten Beschlüssen über die Errichtung von Verifikations-Bureaux zur Erkennung der ächten und falschen Assignaten, so wie über die Eröffnung von Kassen zur Umwechslung des Geldes gegen Assignaten, den Bewohnern der eroberten Länder zwischen Maas u. Rhein gemeinsam erklärt werden und deren Pronulgation befohlen wird.

**Bemerk.** Die Central-Verwaltung zu Aachen hat einen von dem Volksrepräsentanten bei den Nord-, Sambre- und Maas-Armeen, zu Bonn am 18. Frimaire III (8. Dez. 1794), erlassenen Beschluß publicirt, wodurch in den Ländern zwischen Maas und Rhein alle Pächter ermächtigt werden, ihre in Naturalien bestimmten Pachtbeträge, den nicht abwesenden oder emigrirten Verpächtern, in Assignaten, und zwar nach Maasgabe der Preise, welche ihnen für Lieferungen in die National-Magazine vergütet werden, zu bezahlen; sodann hat dieselbe Behörde sub dato Aachen den 19. Nivose III. (8. Jan. 1795) den Beschluß gefaßt, daß alle künftige Verträge in welchen „klingende Münzen“ ausdrücklich bedungen werden, nicht nur null und nichtig sein sollen, sondern daß auch die Contrahenten, so wie die bei Errichtung solcher Verträge Betheiligten, vor das Revolutions-Gericht zu Aachen gestellt, als Entwürdigter der republikanischen Münze nach der Strenge der Gesetze bestrafet, und die Gegenstände solcher Verträge zum Vortheil der Republik confiscirt werden sollen. Unterm 7. Ventose III (25. Febr. 1795) hat aber die Central-Verwaltung zu Aachen einen Beschluß des Volksrepräsentanten d. d. Erfeld den 3. Ventose III publicirt, wodurch die Anwendung der Assignaten in denjenigen Fällen unstatthaft erklärt wird, wo, auf den Grund des in den eroberten Ländern bestehenden Retrakt-Rechtes, früherhin veräußerte Güter eingelöst werden wollen und wodurch der Retrahent verpflichtet wird, die beim Verkauf der Güter angewendeten Münzsorten baar zu ersehen.

### 7. Geldern den 13. Nivose III (2. Januar 1795).

Der Volks-Representant (Goubert) bei den Nord-, Sambre- und Maas-Armeen, beschließt:

In der Stadt Geldern soll eine Bezirks-Verwaltung errichtet werden, deren Wirkungskreis sich über die Länder Cleve, Moers, preussisch und östereichisch Geldern, die Stadt Venlo, die Herrschaft Hoerstgen und über die zwischen Rheinberg und Drsoy am linken Rheinufer liegenden Dörfer erstreckt. Drei Bürger aus Geldern, drei aus Cleve,

zwei aus Moeurs, zwei aus Grefeld und einer aus Rheinberg werden zu Verwaltern und der Bürger Malraison zum National-Agenten bei dieser Verwaltung ernannt. Die Verwalter werden sich sofort versammeln und einen Präsidenten, so wie ein, aus 4 bis 5 Personen bestehendes, Direktorium aus ihrer Mitte erwählen, welche zu Geldern residiren. Der National-Agent wird die Verwalter über ihre Amtsverrichtungen befehlen und haben sie sich mit demselben über die einfachsten Mittel zur Sicherung der Bedürfnisse der Armee und der Wohlfahrt der Einwohner zu berathen. Der National-Agent wird die Central-Verwaltung zu Aachen über die etwaigen Bedürfnisse zur Erhaltung und Organisation der Bureaux, benachrichtigen.

**Bemerk.** Die Bezirks-Verwaltung zu Geldern hat durch einen Beschluß vom 14. Nivose III, den Bezirk Geldern in die 6 Cantons: Cleve, Xanten, Geldern, Roeremund, Rheinberg und Moeurs eingetheilt, sodann den erwählten Präsidenten und 4 Glieder des zu Geldern residirenden Direktoriums bezeichnet, und weiter diejenigen Mitglieder der Verwaltung bestimmt, welche in jedem Canton die spezielle Aufsicht führen, und sich am 15. jedes Monates zu Geldern bei dem Direktorium versammeln werden, um die Ausführung der ihnen erteilten Aufträge nachzuweisen und die zum Besten des Dienstes nothwendigen Maaßregeln zu berathen.

### 8. Aachen den 23. Nivose III (12. Jan. 1795).

Die Central-Verwaltung der Länder zwischen Maas und Rhein, beschließt, — da viele öffentliche Beamte in dem gegenwärtigen Augenblicke ihre Entlassung fordern, wo die Dringlichkeit des Dienstes einem jeden Bürger die Wahrnehmung des Amtes, wozu er berufen ist, zur ersten Pflicht macht —, daß, zufolge der schon publicirten Beschlüsse der Volksrepräsentanten, jedes Individuum, welches sich weigert die ihm auferlegten öffentlichen Amtsverrichtungen zu versehen als verdächtig erklärt, und, von den constituirten Behörden, sowohl rücksichtlich seiner Handlungen als seines Briefwechsels, beaufsichtigt werden soll.

## 9. Aachen den 27. Nivose III (16. Jan. 1795).

Die Central-Verwaltung der Länder zwischen Maas und Rhein, publicirt einen von dem Volksrepräsentanten bei den Nord- und Sambre- und Maas-Armeen zu Mastricht am 25. Nivose c. erlassenen Beschluß, wodurch, im ganzen Umfange der Länder zwischen Maas und Rhein, die (Civil-) Obrigkeit ermächtigt und verpflichtet wird, den bei ihr sich darum meldenden Partheien; jedoch nach vorläufiger zufolge der Gesetze der Republik geschehener Verkündigung, Heiraths-Urkunden auszufertigen; dieselbe soll auch auf Verlangen über Geburten und Sterbfälle urkunden, und dies alles in den zu solchem Zwecke besonders eröffneten Registern constatiren. Außer dem Falle einer ausdrücklichen Requisition an die Obrigkeit, sollen die Geburten, Heirathen und Sterbfälle fortwährend wie bisher von den Religionsdienern constatirt werden, ohne daß deshalb den Bürgern irgend eine Beunruhigung verursacht werden könnte.

## 10. Geldern den 22. Pluviose III (10. Febr. 1795).

Die Verwaltung des Bezirkes Geldern, beschließt, unter Aufhebung der früher gemachten Repartition, eine neue Bertheilung der dem Bezirke Geldern aufgelegten Contribution von 4 Millionen Livres und, indem sie bestimmt, daß die Geistlichkeit 1,450,000 Liv., der Adel 900000 Liv. und der dritte Stand 1,650,000 Liv. dazu beitragen soll, setzt dieselbe die Quoten der, den Bezirk Geldern ausmachenden, Cantons fest; die Art der schleunigen Beitreibung dieser Contributionsantheile wird gleichzeitig ausführlich bestimmt.

Bemerk. Die Central-Verwaltung zu Aachen hat unterm 29. Pluviose III einen zu Crefeld am 22. ej. m. erlassenen Beschluß des Volksrepräsentanten bei der Sambre- u. Maas-Armee publicirt, wodurch die Contribution von 25 Mill. Livres, welche den zwischen Maas und Rhein eroberten Ländern aufgelegt worden, auf 8 Mill. Livres klingender Münze vermindert und die Centralverwaltung ermächtigt wird, dieselbe Theilweise in Geld und zum Theil in Bekleidungs-Gegenständen, deren Preis bestimmt wird, auf die ihrer Verwaltung un-

tergebenen Bezirke zu repartiren. Die Central-Berwaltung zu Aachen hat unterm 24. Ventose III (14. März 1795) einen die schleunigere Entrichtung der ermäßigten Contribution betreffenden Beschluß erlassen; sodann hat der Volksrepräsentant bei den Nord- und Sambre- und Maaf-Armeen zu Bonn am 10. Floréal III (29. April 1795) einen Beschluß gefaßt, wodurch u. a. (in Folge des Baafeler Friedens) in den westrheinischen preussischen Ländern, die Contributions-Erhebung suspendirt wird, und nur solche Requisitionen für zulässig erklärt werden, welche, durch außerordentliche Umstände, für den Dienst der Armee schlechterdings erforderlich sind. Durch einen spätern Beschluß des Volksrepräsentanten vom 25. Prairial III (13. Juni 1795) ist auf den Grund eines Beschlusses des französischen National-Conventes, die Ausschreibung einer neuen Contribution, jedoch mit ausdrücklicher Ausschließung der vormalig preussischen Gebiete, verordnet worden, diese letztere Ausschließung ist auch in einem spätern Beschlusse des National-Conventes vom 28. Messidor III (16. Juli 1795) enthalten, wodurch eine, in Naturalien zu entrichtende, Grund-Steuer von 10 Millionen Livres den Ländern zwischen Maaf und Rhein aufgelegt worden ist. (Conf. auch Nro. 16. d. 3)

#### 11. Aachen den 4. Germinal III (24. März 1795).

Die Central-Berwaltung der Länder  
zwischen Maaf und Rhein,

publicirt einen unterm obigen Datum von dem Volksrepräsentanten bei den Nord- und Sambre- und Maaf-Armeen zu Aachen erlassenen Beschluß, wodurch die Merkmale und die Wirkungen der Auswanderung in den Ländern zwischen Maaf und Rhein genau bestimmt werden, und den Abwesenden, welche nicht unter die Zahl der wirklichen Emigranten, nach dem Sinne des Gesetzes, zu rechnen sind, eine vierzigtagige Frist zur Rückkehr an ihren frühern Wohnort und zu ihrer Legitimation gestattet wird.

Bemerk. Die Bezirks-Berwaltung zu Geldern hat durch einen Beschluß vom 14. Germinal III (4. April 1795) ein Verzeichniß der emigrirten und abwesenden Personen

aus ihrem Bezirke publicirt, und unterm 24. desselben Monats die Cantons-Verwalter beauftragt, den Verkauf der von den Emigrirten zurückgelassenen, bereits sequestrirten oder noch in Beschlag zu nehmenden Mobilien zu bewirken; dagegen hat die Central-Verwaltung zu Aachen unterm 5. Prairial III (24. Mai ej. a.) einen dort am 3. Prairial gefaßten Beschluß der Volksrepräsentanten publicirt, wodurch alle frühere Bestimmungen gegen Emigrirte und Abwesende aufgehoben, sodann auch die noch nicht vollführten Mobilien-Verkäufe sistirt, und die Bedingungen festgesetzt werden, unter welchen die, nach erlangter spezieller Erlaubniß der Volksrepräsentanten, Zurückkehrenden in ihr noch vorhandenes Eigenthum wieder eingesetzt werden sollen.

## 12. Aachen den 11. Germinal III (1. Mai 1795).

### Die Central-Verwaltung der Länder zwischen Maasß und Rhein

publicirt, in Folge einer von den Volksrepräsentanten am 10. d. M. erlassenen Bestimmung, einen früheren von den Volksrepräsentanten bei den Nord- und Sambre- und Maasß-Armeeen, zu Brüssel am 9. Nivose III, gefaßten Beschluß, wonach alle Güter und Einkünfte der in den eroberten Ländern vorhandenen Abteien, Stifter oder andern geistlichen Häusern, Collegien, Seminarien und Corporationen, deren Mitglieder nicht alle ausgewandert oder abwesend sind, — zur Erhaltung der Rechte der Republik an den ihr verfallenen Zuständigkeiten der wirklich emigrirten und abwesenden Mitglieder jener Körperschaften —, durch die Direktion der National-Domainen, auf gleiche Art wie die sequestrirten Güter, verwaltet, und die Antheile und Zuständigkeiten, der anwesenden Mitglieder, auf den Bericht der Bezirks-Verwaltung und auf das Gutachten des National-Domainen-Direktors, von der Central-Verwaltung festgesetzt werden sollen ic.

## 13. Aachen den 16. Germinal III (5. Mai 1795.)

Die Central-Verwaltung der Länder zwischen Maas und Rhein beschließt, daß die Prærogative, Exemptionen und Privilegien jeder Art, welche der Adel und die Geißlichkeit bisher besessen haben, aufgehoben und abgeschafft sind, und daß diese Stände die nämlichen Auflagen, Steuern, Contributionen und alle öffentliche Lasten, wie der dritte Stand, tragen sollen.

## 14. Geldern den 25. Floréal III (14. Mai 1795.)

Die Verwaltung des Bezirks Geldern, publicirt einen am 21. d. M. von dem Volksrepräsentanten bei der Sambre- und Maas-Armee (Callot) gefaßten Beschluß, wonach die Handelsverbindungen zwischen den Einwohnern der Herzogthümer Cleve und Geldern und den Bewohnern der ostrheinischen preussischen Staaten, auf denselben Fuß wie sie vor dem Kriege zwischen Frankreich und Preußen bestanden haben, wieder hergestellt werden, jedoch nur zu Wesel und Ruhrort, unter Beobachtung festgesetzter passpolizeilicher Formalitäten, und mit Ausschließung der Ausfuhr von bezeichneten Waaren und Lebensmitteln auf das rechte Rheinufer, stattfinden sollen.

Bemerk. Die Central-Verwaltung zu Aachen hat unterm 5. Prairial III (24. Mai ej. a.) eine Weisung des Volksrepräsentanten publicirt, wodurch die strengste Wachsamkeit auf die, gelegentlich der wiedereröffneten Verbindung zwischen den beiden Rheinufnern, sich einschleichenden französischen Emigranten und deportirten Priester anempfohlen wird.

## 15. Geldern den 7. Messidor III (25. Juni 1795.)

Die Verwaltung des Bezirks Geldern, publicirt einen von dem Volksrepräsentanten (Perez) zu Aachen am 26. Prairial III (14. Juni ej. a.) gefaßten Beschluß, wodurch festgesetzt wird, daß das von dem National-Convent erlassene Dekret vom 21. desselben Monats —

welches die Anordnungen des Gesetzes vom 20. Floréal III (9. Mai ej. a.), so die zu Richter- und öffentlichen Ankläger-Stellen ernannten Bürger in Requisition setzt, ohne daß sie sich weigern können diese Aemter zu übernehmen, auf sämtliche Justiz- und zur Landes-Verwaltung gehörige Bedienungen ausdehnt —, in den eroberten Ländern zwischen Maas und Rhein völlig und genau gehandhabt werden soll.

#### 16. Geldern den 7. Thermidor III (25. Juni 1795).

Die Verwaltung des Bezirks Geldern, publicirt zwei ihr mitgetheilte Briefe, einen von Seiten des französischen Volksrepräsentanten (Dubois) zu Bonn an den königl. preussischen Commandanten zu Wesel, sodann einen zweiten des französischen Commissaire Ordonnateur en Chef, an den französischen Kriegs-Commissair zu Geldern, wodurch, gelegentlich der im Namen des preussischen Gouvernements erhobenen Beschwerden, über die in den westrheinischen preussischen Gebieten ungeachtet des Baaseler Friedens stattfindenden französischen Requisitionen u., zuerst ausgesprochen wird:

daß, bei der Ungewissheit ob die Provinzen Cleve, Geldern und Moeurs, bei dem jetzigen Verhältnisse der beiden Mächte, als noch immer von dem preussischen Gouvernement abhängig, zu betrachten sind, so viel gewiß sey, daß, da der Baaseler Traktat, wegen der gedachten Provinzen, nicht die mindeste Bestimmung enthält, selbige ganz natürlich eine den Gesetzen des Krieges und dessen Erfordernissen unterworfenen Eroberung seyen;

sodann auch der Kriegs-Commissair angewiesen wird, seine Befugniß zu neuen Requisitionen im preussischen Geldern, nur mit äußerster Vorsicht und so wenig lastend wie möglich in einem Lande auszuüben, welches geschont werden muß.

Bemerk. Die obige Behörde hat am 1. Tag der sansculodites III (17. September 1795) einen ihr, von dem National-Agenten bei der Central-Verwaltung zu Aachen, communicirten Brief des Volksrepräsentanten (Meynart) publicirt, worin dieser den Grundsatz aufstellt, daß in den westrheinischen preussischen Gebieten, welche durch die französischen Armeen besetzt sind, alle



Beschlüsse der Volksrepräsentanten für die Länder zwischen Maas und Rhein, mit Ausnahme derjenigen, welche auf Requisitionen und außerordentliche oder Militair-Contributionsen Bezug haben, vollzogen, und daß alle Auflagen, die zum Nutzen der preussischen Regierung früher erhoben worden, zum Vortheil der Republik empfangen werden müssen; so wie daß es gleichmäßig mit der Verwaltung und den Einkünften der Domainen gehalten werden müsse. Die letztere Bestimmung, rücksichtlich der Erhebung der gewöhnlichen jährlichen Landes-Abgaben aller Art, ist in einem spätern Beschlusse desselben Volksrepräsentanten vom 30. Brumaire IV (21. November 1795) mit dem Zusatze erneuert worden, daß die bestellten Empfänger dergleichen Auflagen u. d. durch die früherhin übliche Art von Zwangsmitteln, zur prompten Erhebung und Einzahlung gehalten werden sollen. Durch einen fernern Beschlusse des Regierungs-Commissairs (Joubert) bei der Sambre und Maas-Armee d. d. Bonn den 14. Pluiose IV (3. Febr. 1796) ist dem Bezirk Geldern ein Vorschuß von 150000 Livres in klingender Münze auf das auszuschreibende gezwungene Anleihen, aufgelegt, und, da in dem Beschlusse keine Ausschließung der früher preussischen Gebiete bestimmt war, diese Summe auch auf letztere mit umgelegt, und deren Erhebung von der Bezirks- und von den Cantons-Verwaltungen, zuerst, mit Rücksicht auf die von dem königl. preuss. Gouvernement erhobenen Reklamationen, sistirt, dann aber, nach eingegangener Bestimmung des französischen Vollziehungs-Direktoriums, daß auch die westrheinischen preuss. Länder zum gezwungenen Anleihen beitragen sollen, verwirklicht worden. — Die königl. preuss. Regierung und Kriegs- und Domainen-Kammer hat zu Emmerich und Wesel am 29. Dezember 1796 eine förmliche Protestation gegen die fortdauernde Sequestration und Abnutzung der Domainen- und geistl. Güter, gegen die Pfändungen und Verkäufe und gegen die Contributions-Erhebungen der französischen Behörden publicirt, worauf aber durch den General-Direktor zu Aachen eine ablehnende Erklärung und der Befehl zur Erfüllung der frühern Beschlüsse erfolgt ist. Die Intermediär-Commission zu Bonn hat am 27. Germinal V (16. April 1797) eine Contribution von 3 Million Livres ausgeschrieben,

jedoch mit Ausschließung der preussischen westrheinischen Provinzen.

17. Paris den 28. Floréal IV (17. Mai 1796).

Das Vollziehungs-Direktorium

beschließt, Behufs der Reorganisation der Landes-Verwaltung in den eroberten, mit der Republik nicht vereinigten, Gebieten zwischen Rhein und Mosel und zwischen Maas und Rhein, und unter Aufhebung aller früher eingesetzten Central- und Bezirks-Verwaltungen und sonstiger Bureaux, daß die vorbezeichneten Länder in zwei Hauptabtheilungen, nämlich in die, zwischen Rhein und Mosel und in jene, zwischen Rhein und Maas eingetheilt, und jede derselben durch einen General-Direktor, nach gleichförmigen Grundsätzen, verwaltet werden sollen. — Die Attributionen der General-Direktoren erstrecken sich über alle Zweige der Finanz-, Polizei- und innern Landes-Verwaltung, sie beaufsichtigen die Vollziehung der Gesetze und der Regierungs-Beschlüsse, so wie alle bestehende Civil-Obrikeiten des Landes, und vereinigen hiermit einstweilen den Charakter der ersten bürgerlichen Magistrats-Person in den eroberten Ländern. Die General-Direktoren können sich jedoch in keine Militair-Angelegenheiten einmischen, und nur auf Requisition der Commissaires-Ordonnateurs en Chef die zur Verpflegung der Armee nöthigen Naturalien-Lieferungen ausschreiben, auch müssen sie der Regie der National-Domains, so wie den Ministern der Finanzen, des Innern und des Krieges, mit welchen sie sich in fortgesetzter Correspondenz erhalten sollen, Rechenschaft über ihre Verwaltung geben. — Die Domains, Zehnten, Renten, Zinsen und Gülten jeder Art, welche früher zu Gunsten der Landesherrn, Herrschaften, Bischöfe, Kapitel, Pfarren, Abteien, Stifter, Corporationen, Ritterorden und Emigranten verwaltet und erhoben wurden, bilden jetzt einen Theil der National-Einkünfte, — aus welchen den Geistlichen und Schullehrern, in so fern sie ihrer Fundation dadurch beraubt sind, eine ihren Bedürfnissen angemessene Pension gezahlt werden soll —, und müssen sich die General-Direktoren sofort in den Besitz derselben einsetzen.

Die Erträge der den eroberten Ländern aufgelegten Contributionen, sollen, in jeder Haupt-Abtheilung des Landes, in eine Central-Kasse fließen, worüber dem National-Schatz

die Verfügung zustehet, die General-Empfänger werden von dem Finanz-Minister ernannt ic.

Den Generalen, Kommandanten, Offizieren und allen Militair-Agenten ist jede Einmischung in die den General-Direktionen und ihren Beamten aufgetragenen Verwaltungs-Angelegenheiten untersagt.

Der gegenwärtige Beschluß soll den Regierungs-Commissarien bei der Sambre- und Maas-, und bei der Rhein- und Mosel-Armee mitgetheilt werden, welche dessen Vollziehung zu beaufsichtigen beauftragt sind, ohne jedoch irgend eine Maasregel treffen zu können, welche sie nicht vorher mit den General-Direktoren berathen haben, damit die Regelmäßigkeit und Gleichförmigkeit der Operationen so viel als möglich gesichert werde. Außerdem soll dieser Beschluß bei den vorgedachten Armeen zur Ordre kommen und deshalb den kommandirenden Generalen und den Oberkommissaren jener Armeen, so wie den General-Direktoren der eroberten Länder, der Regie der National-Domänen ic. und den angrenzenden Departementen der Republik durch die betreffenden Minister communicirt werden.

**Bemerk.** Der in den eroberten Ländern zwischen Maas und Rhein mit der Vollziehung des obigen Beschlusses beauftragte Regierungs-Commissar (Poissant) hat sub dato Aachen den 3. Messidor und 14. Fructidor IV (21. Juni und 31. August 1796) zwei Beschlüsse erlassen, wodurch alle Zehnten, Zinsen und Renten jeder Art, — mit Vorbehalt der allenfallsigen Entschädigung der Geistlichkeit, Klostergemeinden u. a. frommen Stiftungen —, unter die Verwaltung der Empfänger der National-Domänen gestellt werden, und von denselben sofort erhoben, verpachtet oder eingezo-gen werden sollen, sodann auch die jetzigen Besitzer zu desfallsigen Erklärungen verpflichtet werden. Unterm 9. Fructidor IV (26. August 1796) hat der zum General-Direktor der Länder zwischen Maas und Rhein ernannte Bürger Pruneau zu Aachen, ein seinen Amtes-Antritt bezeichnendes Publicandum erlassen und hat derselbe unterm 18. desselben Monats die Cantons-Verwalter, als beibehaltene Unterbehörden, ernannt resp. bestätigt.

Die General-Verwaltungs-Direktion zu Aachen hat am 20. Pluviose V (9 Febr. 1797) einen Beschluß ge-

faßt, wonach besondre Empfänger der Renten, Zinsen und Gefälle jeder Art, welche früher der Geistlichkeit und den Klöstern zugehörten, in jedem Bezirk angeordnet werden sollen, und wodurch die den Empfängern obliegenden Berrichtungen ausführlich bestimmt werden.

18. Aachen den 12. Vendemiaire V (3. October 1796).

Der Regierungs-Commissar, General-Direktor der Verwaltung der eroberten Länder zwischen Maas und Rhein, publicirt einen ihm von dem Commissaire-Ordonnateur en Chef und Regierungs-Commissar bei den Sambre- und Maas- und Rhein- und Mosel-Armeen communicirten Beschlus des Vollziehungs-Direktoriums, d. d. Paris den 20. Thermidor IV (7. August 1796), wonach in den eroberten Ländern keine Contribution in Geld oder in Naturalien, anders, als auf den Grund eines Special-Befehles eines der die vorgedachten Armeen kommandirenden Generals en Chef ausgeschrieben, und keine Requisition von Biktualien oder andern Bedürfnissen anders, als durch den Commissaire-Ordonnateur en Chef oder dessen Bevollmächtigten verwirklicht werden darf; sodann auch bestimmt wird, daß einzelne Partial-Requisitionen, welche in dringenden und unvorherzusehenden Fällen den Kriegs-Commissarien gestattet sind, von Letztern unverzüglich bei dem Commissaire-Ordonnateur en Chef angemeldet und gerechtfertigt werden müssen.

19. Aachen den 1. Frimaire V (21. November 1796).

General-Verwaltungs-Direktion der Länder zwischen Maas und Rhein.

Publikation eines von dem Vollziehungs-Direktorium zu Paris am 7. Brumaire c. a. (28. October c.) erlassenen Beschlusses, wodurch den eroberten Ländern zwischen Maas und Rhein, anstatt der für 1796 nicht erhobenen frühern Grundsteuern und indirekten Abgaben, eine, binnen 6 Monaten, für das abgeschlossene IV Jahr, in klingender Münze, und ohne allen Abzug oder Aufrechnung, zu entrichtende Contribution von 3 Million Livres aufgelegt wird. — Mit

dieser Steuer sollen 25 pEt. Zusatz zur Deckung der Landesverwaltungs-kosten erhöhen, und die Steuer wie der Zusatz zu  $\frac{1}{2}$  auf das Grundeigenthum, jedoch mit Ausschließung der im Besitz der Republik sich befindenden Güter, und zu  $\frac{1}{4}$  auf die Gewerbe repartirt werden. — Jede Gemeinde ist für die richtige und pünktliche Einzahlung der ihr zugetheilten Quote in die Casse des National-Domänen-Empfängers ihres Bezirkes verantwortlich, die Beträge der Haupt-Steuer werden von dem General-Empfänger des Landes, dem National-Schatz verrecknet, jene des Zusatzes können nur auf Anweisung des General-Direktors verwendet, und muß demselben Rechnung davon abgelegt werden ic.

**Bemerk.** Der General-Direktor zu Aachen hat gleichzeitig, um den Eingang der obigen Steuer, bis zur geschehenen Ausmittlung der davon befreiten National-Güter, nicht zu verzögern, einstweilen die Umlage von 1 Million Livres nebst 25 pEt. Zusatz verordnet und die Cantons-Verwalter mit der Subrepartition ic. beauftragt und- desfalls instruirt.

20. Im Hauptquartier zu Cöln den 18. Ventose V (8. März 1797).

Der kommandirende General der Sambre und Maas-Armee (L. Hoche)

verkündigt den Einwohnern der eroberten Lande den nachstehenden Entschluß des Gouvernements:

1. Die französische Verwaltung und ihre Agenten sind hiermit provisorisch suspendirt und darf keiner der Letztern in den Ländern zwischen Maas und Rhein Requisitionen machen oder Auflagen erheben, weshalb es den Bewohnern ausdrücklich empfohlen wird, weder Geld noch Naturalien auf Befehl der aufgehobenen Verwaltungen zu zahlen oder zu liefern.
2. Die Einwohner der preussischen Gebiete werden von dem bestehenden Willen des Vollziehungs-Direktoriums benachrichtigt, daß der Geistlichkeit ihre sequestrirten Güter, zur eigenen Verwaltung zurückgegeben werden sollen, daß keine Holzfällungen auf den Domänen Sr. königl. Maj. von Preußen, noch auf den Gütern preussischer Unterthanen stattfinden, und daß die wirklich fehlenden Holzschläge sofort eingestellt werden sollen.

3. Die militairischen Befehlshaber haben auf die Vollziehung des Gegenwärtigen und auch darauf zu wachen, daß von den Borräthen, welche sich in den von den Verwaltern der National-Domains angelegten Magazinen befinden, unter keinem Vorwande etwas entnommen werde.

**Bemerk.** Die Intermediär-Commission zu Bonn hat unterm 20. Germinal V (9. April 1797) einen ferneren Beschluß des oben bezeichneten Generals publicirt, wodurch alle geistliche Güter und Einkünfte, sowohl rückständige als laufende, unter die Verwaltung eines bezeichneten Administrators gestellt und die, in Folge einer irrigen Auslegung des obigen Beschlusses, direkt in die Hände der Geistlichkeit geschenehen Zahlungen für nichtig erklärt werden; wodurch sodann auch bestimmt wird, daß das zum Unterhalte der Geistlichen bestimmte Drittel ihrer Gesamteinkünfte, unter alle Mitglieder der Clerisey, ohne Rücksicht ob sie Ordens- oder Weltgeistliche sind, jedoch mit Ausschluß der nicht begüterten Ordenshäuser, von der Intermediär-Commission vertheilt werden, diejenigen Geistlichen aber, welche sich der Seelsorge, dem öffentlichen Unterrichte oder der Krankenpflege unterziehen, ein Fünftel mehr als solche erhalten sollen, die sich dem beschaulichen Leben widmen.

21. Bonn den 16. Germinal V (5. April 1797).

Die Intermediär-Commission der eroberten Länder

beschließt, daß alle unter ihr Ressort gehörende Länder eintheilen in die sechs Bezirke (Arrondissements): Kreuznach, Zweibrücken, Trier, Köln, Jülich und Geldern eingetheilt werden sollen, und setzt zugleich u. a. fest, daß letzterer Bezirk aus den auf dem linken Rheinufer gelegenen preussischen Provinzen bestehen, und von den Verwaltungs-Collegien zu Geldern, Moers und Cleve verwaltet werden soll.

**Bemerk.** Zu Cleve sind unterm 2. und 27. April e. a. zwei Bekanntmachungen von Seiten der dort gebildeten Regierungs- und Kriegs- und Domainen-Kammer-Deputationen (gemeinschaftlich von denselben unterzeichnet) ergangen, wodurch verkündet worden: 1. daß

der die Sambre- und Maas-Armee kommandirende General Hoche, in Folge eines Beschlusses des Vollziehungs-Direktoriums vom 6. Ventose V (24. Februar 1797) die (obige) Intermediär-Commission, zur Verwaltung der eroberten und occupirten Länder vom 1. Germinal V (21. März 1797) an, angeordnet habe, und daß diese Commission, deren Präsident und Mitglieder bezeichnet werden, am 10. Germinal c. (30. März c.) ihre Funktionen beginnen werde; sodann 2. daß alle an die Intermediär-Commission zu richtenden Vorstellungen, ihrem zu Geldern residirenden Bezirks-Commissar übergeben werden müssen, welcher darauf entscheiden oder dieselben weiter befördern wird ic.

22. Bonn den 23. Germinal V (12. April 1797).

Die Intermediär-Commission

beschließt, bei der stattgefundenen Aufhebung der, seit dem Einzuge der französischen Armee in die eroberten Länder, in denselben errichteten Appellationsgerichten, und bei dem Umstande, daß mehrere Theile dieser Länder sich an ihre alten, in dem vom Feinde besetzten Gebiete gelegenen, Appellationshöfe nicht wenden können, daß diejenigen Länder, welche sich in diesem letztern Falle befinden, sich an die Ober-Appellationsgerichte zu Coblenz und resp. zu Bonn wenden sollen, in so fern sie zwischen Rhein und Mosel und resp. zwischen Maas und Rhein gelegen sind ic.

23. Bonn den 27. Thermidor V (14. August 1797).

Die Intermediär-Commission

beschließt, bei den geführten Klagen über anmaßliche, von unberufenen Censoren ausgeübt werdende, Beschränkungen der Pressfreiheit, deren unschätzbare Wohlthaten die, unter dem Schutze und der Oberherrschaft der französischen Republik stehenden, eroberten Länder in vollem Maaße genießen sollen,

1. daß es jedem Bewohner der unter der Verwaltung der Intermediär-Commission stehenden Länder frei stehet, seine Gedanken durch den Druck bekannt zu machen, ohne

vorher seine Schriften irgend einer Censur unterwerfen zu müssen;

2. daß keine Obrigkeit, bei Cassationsstrafe, weder direct noch indirect, die Bekanntmachung solcher Druckschriften hindern darf,

3. daß die Postmeister dergleichen Schriften ohne Unterschied an ihre Bestimmung, gegen reglementsmäßiges Porto, versenden müssen,

4. daß Beschwerden über den Inhalt einer publicirten Schrift an den französischen Bezirks-Commissair gerichtet, und von diesem der Intermediär-Commission zur rechtlichen Entscheidung vorgelegt werden müssen, und

5. daß die Militair-Commandanten ersucht sind, die Pressfreiheit zu befördern, und nur darauf zu sehen, daß sie nicht zur Störung der guten Ordnung mißbraucht werde.

24. Bonn den 4. Frimaire VI (24. November 1797).

Die Intermediär-Commission publicirt einen ihr von dem Obergeneral der Armee von Deutschland (Augereau) d. d. Offenburg den 24. Brumaire c. (14. November 1797) zugekommenen Beschluß, — wonach alle, bei irgend einem Zweige der Verwaltung, als Beamte fungirende Einwohner der eroberten Länder, der französischen Republik den Eid der Treue, binnen 8 Tagen nach der Publikation dieser Bestimmung, leisten müssen; oder sofort entlassen und durch Andre ersetzt werden sollen —, und beauftragt die französischen Bezirks-Commissarien, sowohl mit der Ausführung dieser Maaßregel, als mit der individuellen Nachweisung der vereidigten und zu entsetzenden Beamten.

25. Bonn den 6. Frimaire VI (26. November 1797).

Die National-Regie der französischen Republik

publicirt den nachstehenden von dem Obergeneral der Armee von Deutschland (Augereau) zu Offenburg am 3. d. M. gefaßten und ihr mitgetheilten Beschluß:



1. Die französische Verwaltung der eroberten Länder, welche unter der Benennung Intermediär-Commission bekannt ist und zu Bonn residirt, ist hierdurch aufgehoben, und sind

2. die Glieder derselben provisorisch beauftragt, die eroberten Länder, unter dem Titel: National-Regie der französischen Republik, zu verwalten.

---

26. Bonn den 21. Frimaire VI (11. Dezember 1797).

Der Regierungs-Commissar (Rudler).

Publikation eines Beschlusses des Vollziehungs-Directoriums der französischen Republik, d. d. Paris den 14. Brumaire c. a. (4. November ej. a.) folgenden Inhalts:

„der Bürger Rudler, Richter beim Cassationshofe, ist zum Regierungs-Commissar in den eroberten Ländern, zwischen Maaß, Mosel und Rhein ernannt, um daselbst eine neue Organisation nach den ihm zuzustellenden Weisungen vorzunehmen“

und Aufruf an die Bewohner der bezeichneten Länder, wodurch seine Ankunft und die wohlthätigen Absichten des Gouvernements bekannt gemacht werden.

---

27. Bonn den 12. Nivose VI (1. Januar 1798).

Der Regierungs-Commissar (Rudler)

beschließt, daß alle, seit seiner Proclamation vom 21. Frimaire d. J. (11. Dezember 1797) (Conf. Nr. 26 d. 3.) erhobene, oder künftig erhoben werdende, aus dem Feudalwesen herkommende Abgaben, von den Empfängern, unter persönlicher Verantwortlichkeit, nebst den durch die Erhebung verursachten Kosten, erstattet werden müssen, und daß die Forderungen von Abgaben, deren Ursprung zweifelhaft ist, bis dahin sistirt werden sollen, daß die nächstens einzusetzenden Gerichte nach den über den Gegenstand zu publicirenden Verordnungen entschieden haben werden, ob die Abgaben feudal sind, ob sie durch bedingte Schenkung oder Abtretung von Grundstücken erzeugt sind, oder ob sie unter die Klasse der Ablösbaren gehören.

---

28. Mainz den 4. Pluviose VI (23. Januar 1798).

Der Regierungs-Commissar (Kudler) beschließt, daß die eroberten Länder zwischen Naas und Rhein und Rhein und Mosel in 4 Departemente, nämlich der Roer (Hauptort Aachen), der Saar (Hauptort Trier), des Rheines und der Mosel (Hauptort Coblenz), und des Donnersberges (Hauptort Mainz), nach bezeichneten Grenzen eingetheilt und daß in jedem Departement, nämlich im Ersten 40, im Zweiten 31, im Dritten 30 und im Vierten 37 Cantons, deren Hauptorte ausgeführt werden, gebildet werden sollen.

**Bemerk.** Der vorbezeichnete Regierungs-Commissar hat gleichzeitig die in den 4 Departementen zur Anwendung kommenden Bestimmungen der französischen Constitution und anderer franzöf. Gesetze, über die Organisation, die Funktionen und Attributionen der Verwaltungskörper für die Gemeinden, Cantons und Departemente *re. re.* publicirt. Unterm obigen Datum sind sodann die Art und die Zeitpunkte bestimmt worden, wie und wann, besonders rücksichtlich der Justizverfassung, der Uebergang aus der alten, in die neue Ordnung der Dinge geschehen soll, auch die Zahl und die Residenz der in den 4 Departementen zu errichtenden Civil- und Criminal-Gerichte festgesetzt worden, wonach im Roer-Departement das Civilgericht und der Criminal-Gerichtshof für das Departement, ihren Sitz zu Köln haben, und in diesem Departement 4 Zuchtgerichte (*tribunaux correctionels*) zu Aachen, Köln, Crevelt und Cleve residiren sollen.

Außerdem hat der Vorgenannte gleichzeitig die französischen Gesetze publicirt, welche die Organisation, so wie die Funktionen und die Attributionen der vorbezeichneten Gerichtshöfe u. Zuchtgerichte und der Friedensgerichte (in jedem Cantonsbezirke) festsetzen.

Die Territorial-Eintheilung des Roer-Departements ist durch einen spätern, besonders publicirten Beschluß des Regierungs-Commissars v. 27. Praireal VI (15. Juni 1798) folgendermaßen rectificirt worden:

a) Das Roer-Departement wird in 42 Cantons eingetheilt, deren Hauptorte folgende sind:

1 Aachen, 2 Burscheid, 3 Eschweiler, 4 Linnich, 5 Geilenkirchen, 6 Sittard, 7 Heinsberg, 8 Düren, 9 Froisheim, 10 Gemünd, 11 Montjoie, 12 Cöln, 13 Wieden, 14 Dormagen, 15 Bergheim, 16 Kerpen, 17 Jülich, 18 Elsen, 19 Zülpich, 20 Brühl, 21 Lechenich, 22 Grefeld, 23 Kempen, 24 Biersen, 25 Bracht, 26 Rheinberg, 27 Uerdingen, 28 Moeurs, 29 Neuß, 30 Neersen, 31 Ddenkirchen, 32 Erkelenz, 33 Cleve, 34 Ravenstein, 35 Gemert, 36 Horst, 37 Cranenburg, 38 Calcar, 39 Goch, 40 Kanten, 41 Geldern, 42 Wankum.

b) Zum Bezirk des Zuchtgerichtes zu Grefeld gehören die Cantons: Grefeld, Kempen, Biersen, Bracht, Rheinberg, Uerdingen, Moeurs, Neuß, Neersen, Ddenkirchen und Erkelenz und zu jenem des Zuchtgerichtes zu Cleve die Cantons: Cleve, Ravenstein, Gemert, Horst, Cranenburg, Calcar, Goch, Kanten, Geldern und Wankum.

Die vier Verwaltungscollegien der vorgenannten Departemente haben sub dato Aachen den 4. Nivose, Mainz den 26. Ventose, Trier den 24. Messidor und Coblenz den 23. Fructidor Jahres VII, jedes ein Verzeichniß der Gemeinden und ihrer Bevölkerung aus welchen die Cantons formirt worden sind, festgestellt, und gehet aus diesen (in der zu Straßburg im Jahr VIII der Republik edirten Sammlung der Verordnungen u., am Schluß des 11. Bandes abgedruckten) Verzeichnissen hervor, daß die Cantons des Roer-Departements in die vier Bezirke (Arrondissements) Aachen, Cöln, Grefeld und Cleve eingetheilt worden sind. Die Namen und die Bevölkerung der, jedem Canton zugetheilten, Gemeinden sind am angezeigten Orte pag. 109 aufgeführt.

29. Mainz den 11. Pluviose VI (30. Januar 1798).

Der Regierungs-Commissar (Kubler) publicirt die in den eroberten Ländern zwischen Maas und Rhein und Rhein und Mosel zur Anwendung zu bringenden französischen Gesetze und Bestimmungen über die Erhebung der Enregistrements-Gebühren.

**Bemerk.** Durch zwei gleichzeitige Beschlüsse des Vorgenannten sind auch die französischen Gesetze: 2c. über die Erhebung der Stempel- und der Patent-Gebühren publicirt, sodann durch einen fernern Beschluß vom 20. Germinal VI (9. April 1798) bestimmt worden, daß am 20. Floreal VI (9. Mai 1798) die Erhebung der Stempel-Gebühren allgemein stattfinden müsse; die ferner publicirten franzöf. Gesetze über die Enregistrements- und Stempelgebühren, so wie über die am 28. Germinal VII (17. April 1799) eingeführte Erhebung der Gerichtschreiberei-Gebühren (Droits de Greffe) sind hier nicht angedeutet worden.

30. Mainz den 27. Pluviose VI (15. Febr. 1798).

Der Regierungs-Commissar (Rudler) beschließt, daß die französische dreifarvige National-Colarbe, wie sie von den Soldaten getragen wird und nur wie diese geformt, in den eroberten-Ländern zwischen Maaß und Rhein und zwischen Mosel und Rhein von allen Bewohnern ohne Unterschied des Geschlechtes getragen, daß der Mangel derselben von den Polizeigerichten mit achttägiger Gefängnißstrafe belegt, deren Verspottung oder Beschimpfung aber, nach der Strenge der Gesetze von den Criminalgerichtshöfen bestraft werden soll.

31. Mainz den 26. Ventose VI (16. März 1798).

Der Regierungs-Commissar (Rudler).

Behufs der von den Beamten der Enregistrements-Gebühren in den 4 neuen Departementen des linken Rheinufers zu bewirkenden Verwaltung der National-Domänen und der sequestrirten Güter, werden die desfalligen, zur Anwendung kommenden, französischen Gesetze und Verordnungen nach ihrem ganzen und respective auszugsweisen Inhalte publicirt.

**Bmerk.** Die ferner publicirten, die Domänen-Verwaltung betreffenden französischen Gesetze sind hier nicht angedeutet worden.

## 32. Mainz den 27. Ventose VI (17. März 1798).

Der Regierungs-Commissar (Rudler) verordnet, daß auf Abschlag der in den vier neuen Departementen des linken Rhein-Ufers für das Jahr VI umzulegenden Grund-, Personal- und Mobiliar-Steuern, eine Summe von 12½ Millionen Livres repartirt werden soll, wozu

das Departement des Donnersberges	3,500000 Liv.
"      "      der Saar	2,400000 "      "
"      "      des Rheins u. der Mosel	2,600000 "      "
und "      "      der Ruer	4,000000 "      "

beizutragen hat. — Nebst diesen Hauptsummen soll ein Zusatz von 10 pEt. erhoben werden, dessen eine Hälfte zu den Departemental-, die zweite Hälfte aber zu den Gemeinde-Ausgaben verwendet werden soll. Die Departements-, Cantons- und Gemeinde-Behörden werden, über die Art der von ihnen zu bewirkenden Subrepartitionen und sonst, ausführlich instruir.

Bemerk. Durch einen gleichmäßigen Beschluß vom 2. Germinal VI (22. März 1798) ist die Art und Weise vorgeschrieben worden, wie in den 4 neuen Departementen die Erklärungen der Eigenthümer über Quantität und Qualität ihrer Grundstücke und deren Prüfung durch ein Geschwornen-Collegium, sodann auch die Aufzählung der Bevölkerung, Behufs der Umlage der allgemein einzuführenden Grund-, Personal- und Mobiliar-Steuern, geschehen sollen; sodann sind, durch einen fernern Beschluß vom 16. Praireal VI (4. Juni 1798); die zur Sicherung der prompten Erhebung und Einzahlung der direkten Steuern ergangenen französischen Gesetze publicirt und anwendbar erklärt, und endlich unterm 20. Vendemiaire, 25. Frimaire, 25. Ventose, 8. u. 10. Germinal, 24. Prairial und 13. Messidor VII, (11. Octob. und 15. Dezember 1798, 15., 28. und 30. März, 12. Juni und 1. Juli 1799) die weiter zur Anwendung zu bringenden französischen Gesetze über die direkten Steuern verkündet worden. Unterm 8. Ventose VIII (27. Febr. 1800) hat der Regierungs-Commissar nebst Ausschreibung der direkten Steuern für das Jahr VIII eine Instruction über deren Vertheilung ic. erlassen, und am 13. Ventose VIII, unter Aufhebung der seitherigen Central-Agentchaft für die 4 Departemente, in jedem derselben eine Departemental-Steuer-Direction errichtet, und eine desfallsige

Dienst-Instruktion publicirt, sodann auch am 19. und 21. Ventose VIII Maßregeln vorgeschrieben um die Anfertigung der Mutterrollen für die direkten Steuern zu beschleunigen, und durch weitere Beschlüsse vom 12. u. 21. Prairial, 6. und 28. Fructidor VIII (1. und 10. Juni, 24. August und 15. September 1800) fernere, das direkte Steuerwesen regulirende, Bestimmungen erlassen.

Die späterhin, nach dem am 1. Vendemiaire IX (23. September 1800) eingetretenen Zeitpunkte der Assimilation mit Frankreich, in den 4 Departementen publicirten oder erlassenen Steuer-Gesetze und Verordnungen, sind hier nicht angedeutet.

### 33. Mainz den 1. Germinal VI (21. März 1798).

Der Regierungs-Commissar (Stubler) publicirt, Behufs der in den 4 neuen Departementen des linken Rheinufers einzuführenden Justizpflege, die in der französischen Constitution und andern Gesetzen enthaltenen Bestimmungen und Formularien rücksichtlich der Gerichts-Ordnung in einfachen Polizei-, in Zuchtpolizei- und in peinlichen Sachen; u. a. namentlich, jedoch mit Ausnahme mehrerer bezeichneter Artikel, das Gesetzbuch über Verbrechen und Strafen (code des delits et des peines) vom 3. Brumaire IV und das Straf-Gesetzbuch (code penal) vom 25. September 1791.

Bemerk. Durch einen fernern gleichartigen Beschluß v. 6. Floreal VI (25. April 1798) ist auch die französische Gesetzgebung in Bezug auf die Civil-Gerichts-Ordnung, in den 4 Departementen publicirt worden, sodann sind ferner am 29. Floreal VI (18. Mai 1798), mehrere, gegen Gewaltthaten und Räubereien, so wie gegen die Emigranten und deportirten Geistlichen gerichtete, und endlich am 30. Thermidor, 1. und 7. Fructidor VI, sodann am 14. und 28. Frimaire, 12. Ventose, 12. Germinal, 18. u. 22. Floreal, 16. Prairial und 12. Messidor VII und 4. Nivose, 9., 18. und 26. Fructidor und 4. Ergänzungstag des Jahr VIII (17., 18. und 24. August, 4. und 18. Dezember 1798, 2. März, 1. April, 7. und 11. Mai, 4. und

30. Juni und 22. Dezember 1799, 27. August und 5., 13. und 21. September 1800) weitere, die Gerichts-Ordnung in Civil-, Polizei-, Zuchtpolizei- und Criminal-Sachen ergänzende, französische Strafbestimmungen und Gesetze verkündet worden.

34. Mainz den 6. Germinal VI (26. März 1798).

Der Regierungs-Commissar (Rudler) publicirt die in den 4 neuen Departementen des linken Rheinufers künftig zur Anwendung kommenden französischen Gesetze und Verfügungen, wodurch der Adel, der Zehente, die herrschaftlichen Rechte (Droits seigneuriaux) und das Lehen-Wesen abgeschafft sind, und diejenigen Renten, Gefälle, Leistungen, Gerechtsame und Erhebungen bezeichnet werden, die ohne alle Entschädigung des frühern Empfängers aufhö- ren oder deren Geldablöse stattfinden kann.

Bemerk. Der Vorgenannte hat durch zwei Beschlüsse vom 3. und 9. Brumaire VII (24. und 30. October 1798), Auszüge der folgenden französischen Gesetze fer- ner publicirt:

- a) des Dekretes vom 11. März — 10. April 1791, welches die Verbindlichkeiten der Pächter gegen die Eigenthümer, in Ansehung des Zehentes u. a. Ab- gaben, wozu sie gehalten sein möchten, regulirt;
- b) des Gesetzes vom 6. Juli 1793, das ausschließliche Recht der Fischerei, und
- c) des Gesetzes vom 30. Juli 1793, die Abschaffung der ausschließlichen Jagd- u. Fischerei-Gerechtsame betreffend, sodann
- d) des Gesetzes vom 26. September 1793, welches, für die durch das Gesetz vom 22. April 1790 ver- ordnete Abschätzung des Zehentes, eine Grundlage bestimmt.

35. Mainz den 12. Floreal VI (1. Mai 1798).

Der Regierungs-Commissar (Rudler) publicirt die in der französischen Republik bestehenden Ge-

seze und Verfügungen rücksichtlich des Civil-Standes der Bürger, und verordnet, daß deren Anwendung in den 4 neuen Departementen des linken Rheinufer's stattfinden müsse, daß die alten Geburts-, Heiraths- und Sterbe-Register den Municipal-Verwaltungen sofort überwiesen und von diesen bis zum ersten Tage des Jahres VII fortgeführt werden sollen, wozu die jetzt publicirte Gesetzgebung die ausführliche Anweisung enthält.

**Bemerk.** Die spätern, denselben Gegenstand betreffenden und publicirten französischen Gesetze ic. sind hier nicht angedeutet, jedoch wird bemerkt, daß der Regierungs-Commissar am 28. Fructidor IX (15. September 1801) den Geistlichen aller Confessionen verboten hat, irgend eine kirchliche Ceremonie rücksichtlich der Sterbfälle, Heirathen und Geburten zu vollziehen, ehe Letztere vom bürgerlichen Civilstandsbeamten beurkundet worden sind; Ausnahmungsweise ist unterm 2. Brumaire X (24. October 1801) aber gestattet worden, daß die Taufe der Neugeborenen in Nothfällen auch vorher administrirt werden könne, mit der Verbindlichkeit für die Geistlichen, die Geburt an demselben Tage dem Civilstandsbeamten anzuzeigen.

36. Mainz den 17. Floreal VI (6. Mai 1798).

Der Regierungs-Commissar (Kubler) publicirt die französischen, das Erbrecht bestimmenden Gesetze, welche künftig in den 4 neuen Departementen des linken Rhein-Ufers, unter Abschaffung der seitherigen verschiedenen Gebrauchs- und Gewohnheits-Rechten in Erbtheilungs-Sachen, zur allgemeinen Anwendung kommen sollen.

**Bemerk.** Durch einen Beschluß des Regierungs-Commissars d. d. Mainz den 6. Prairial VII (26. Mai 1800) ist das französische Gesetz vom 4. Germinal VIII (25. März 1800) publicirt worden, wodurch die Erbtheilungs-Theile bestimmt werden, worüber jeder Besitzer, durch Schenkung mittelst Acten unter Lebenden oder durch Testamente, beim Vorhandensein von Descendenten, Ascendenten oder Seitenverwandten, zu disponiren, die rechtliche Befugniß hat.



## 37. Mainz den 13. Messidor VI (1. Juli 1798).

Der Regierungs-Commissar (Rudler) verordnet, — in Folge des am 9. Prairial VI (28 Mai 1798) gefassten Beschlusses des Vollziehungs-Direktoriums, wonach die Empfangsstellen und Aufsichts-Brigaden der National-Zölle, an die Grenzen der 4 neuen Departemente des linken Rhein-Ufers verlegt werden sollen —, daß an den Festern vom 15. d. M. an, die in den Zolltarifen vom 15. März 1791 und 24. Nivose V festgesetzten Ein- und Ausfuhr-Gebühren erhoben werden sollen.

Bemerk. Die fernern diesen Gegenstand betreffenden Bestimmungen sind hier nicht angedeutet worden.

---

## 38. Mainz den 1. Thermidor VI (19. Juli 1798).

Der Regierungs-Commissar (Rudler) publicirt die, in den vier neuen Departementen des linken Rhein-Ufers zur Anwendung zu bringenden, die innere Verwaltungs-Ordnung des Landes betreffenden französischen Gesetze und Verordnungen (107 Stück) nach ihrem ganzen und auszugsweisen Inhalte.

Bemerk. Durch fernere gleichartige Beschlüsse vom 10. Brumaire, 24. Frimaire, 13. Ventose, 2. u. 12. Prairial, 28. Messidor, 9. u. 17. Thermidor VII, (3. Octobr. u. 14. Decbr. 1798, 3. März, 21. u. 31. Mai, 16. u. 27. Juli und 4. August 1799) sind vielfältige, denselben Gegenstand betreffende französische Gesetze u. weiterhin verkündet worden.

---

## 39. Mainz den 6. Thermidor VI (24. Juli 1798).

Der Regierungs-Commissar (Rudler), Behufs der gleichförmigen Einrichtung des Notariatswesens in den vier neuen Departementen des linken Rhein-Ufers, wie im Innern der Republik, werden die desfalls anzuwendenden französischen Gesetze publicirt, und diejenigen frühern Beamten bezeichnet, deren Funktionen, auf die Rotarien übergehend, aufhören.

---

## 40. Mainz den 5. Brumaire VII (26. Octbr. 1798).

Der Regierungs-Commissar (Rudler) bestimmt, daß seine bereits erlassenen und künftig erscheinenden Verordnungen und Beschlüsse, wofern in denselben nicht das Gegentheil bestimmt ist, vom 10. Tage an, nach ihrer Ankunft und Einregistrierung bei den Central- (Departemental-) Verwaltungen, verbindlich sind; Letztere sollen dafür sorgen, daß solche Verordnungen und Beschlüsse vor dem Ablaufe der zehn Tage in allen Cantonen ausgetheilt werden, sodann auch ein besonderes Register führen, in welches der Tag des Empfanges der Verordnungen ic. eingetragen werden muß, und diesen Empfangstag auf jedes Exemplar der weiterbeförderten Beschlüsse ic. notiren.

## 41. Mainz den 15. Niviose VII (3. Febr. 1799).

Der Regierungs-Commissar (Rudler) publicirt, — in Folge eines von dem Vollziehungs-Directorium am 4. Nivose VII (24. Decbr. 1798) gefaßten Beschlusses: daß das französische Hypotheken-Wesen in den 4 neuen Departementen des linken Rheinufers eingeführt werden soll, — die über diesen Gegenstand bestehenden französischen Gesetze und Verordnungen nach ihrem ganzen und auszugsweißen Inhalte.

Bemerk. Durch einen Beschluß vom 25. Prairial VII (13. Juni 1799) ist der 1. Thermidor VII (19. Juli 1799) als gesetzlicher Zeitpunkt für die Installation der Hypotheken-Conservatoren und für die Berechnung der gesetzlichen Fristen, Behufs der Eintragung bestehender Hypotheken, Rechte und Privilegien ic. festgesetzt, und am 26. Thermidor VII (13. Aug. 1799) das französische, das Hypothekenwesen betreffende Gesetz vom 21. Ventose VII (11. März 1799) verkündet worden.

## 42. Mainz den 6. Germinal VII (26. März 1799).

Der Regierungs-Commissar (Bürger Marquis).

Aufruf an die Bewohner und Beamten der 4 neuen Departemente des linken Rheinufers, ihn als ernannten Nach-

folger des, zu andern Amtsgeschäften berufenen Bürgers Kudler, bei der fernern Organisation dieser Länder durch ihren Patriotismus und Amtseifer bestens zu unterstützen, und seines besten Willens, den Ruhm der Republik und die Wohlfahrt der Einwohner befördern zu helfen versichert zu sein; sodann aber auch durch eigenes Betragen, sich Behufs ihrer, laut und feurig gewünschten, definitiven Vereinigung mit der Republik würdig zu zeigen.

**Bemerk.** Unterm 6. Fructidor VII (23. Aug. 1799) hat der Regierungs-Commissar Lafanal, Nachfolger des Bürgers Marquis, zuerst verordnet; durch zwei Consular-Beschlüsse, beide vom 8. Frimaire VIII, (29. November 1799) ist zuerst der Bürger Dubois-Dubais und dann, an die Stelle dieses zu andern Funktionen berufenen Commissars, der Bürger Chée, vormaliger Präsident der Intermediair-Commission zu Bonn, zum Regierungs-Commissar in den vier Departementen ernannt worden; als Nachfolger des Letztern, hat der Staatsrath Jollivet unterm 10. Brumaire IX (1. Novbr. 1800) zuerst verordnet, und ist durch einen Beschluß des ersten Consuls vom 29. Fructidor X (16. Septbr. 1802) der Bürger Jeanbon-St. André zum Regierungs-Commissar in den vier Departementen und zum Präfekten des Donnersberg-Departements, an die Stelle des in den Staatsrath zurücktretenden Bürgers Jollivet, ernannt worden.

#### 43. Mainz den 1. Vendemiaire VIII (23. Septbr. 1799).

Der Regierungs-Commissar (Lafanal)

publicirt einen von dem Rath der Fünfhunderte am 14. Fructidor VII gefaßten, und von dem Rath der Aeltern am 22. desselben Monats (31. Aug. u. 8. Septbr. 1799) genehmigten Beschluß, wodurch das Vollziehungs-Direktorium ermächtigt wird, aus Einwohnern der zwischen der Maas und dem Rheine und dem Rhein und der Mosel gelegenen Länder, eine Legion, unter dem Namen „Nord-Franken“ aufzurichten und in Sold zu nehmen. Die Stärke dieser Legion ist auf 5920 Mann Infanterie, in 4 Bataillonen und 40 Compagnien, 928 Mann Cavallerie, in 4 Schwadronen und 8 Compagnien, und auf eine Com-

pagnie leichter Artillerie festgesetzt, zu deren Organisation ic. ausführliche Anweisung ertheilt wird.

44. Mainz den 20. Vendemiaire VIII (12. Octbr. 1799).

Der Regierungs-Commissar (Lafanal) publicirt, nebst zweien von dem Vollziehungs-Direktorium, am 21. Fructidor VII und 8. Vendemiaire VIII (7. u. 29. Septbr. 1799) gefaßten Beschlüssen, wodurch ein für die 4 neuen Departemente des linken Rheinufers bestimmtes Revisions-Gericht errichtet und die Stadt Trier zu dessen Residenz bestimmt worden, auch die auf das Verfahren in Revisions- und Cassations-Sachen Bezug habenden französischen Gesetze und Verordnungen.

Bemerk. Der Vorgenannte hat am 1. Nivose VIII (22. Decbr. 1799) einen Beschluß des Vollziehungs-Direktoriums vom 13. Brumaire VIII publicirt, wodurch in den 4 neuen Departementen das in den übrigen Theilen der Republik gesetzliche Verfahren in Civil-Requeten-Sachen eingeführt und dieses den Attributionen des Revisions-Gerichts zu Trier zugewiesen wird; sodann auch die auf diesen Gegenstand Bezug habenden französischen Gesetze ic. verkündet; ferner ist durch einen Beschluß des Reg.-Commissars vom 30. Ventose VIII (21. März 1800) die bei dem vorbezeichneten Revisions-Gerichte zu befolgende Prozeß-Ordnung, mittelst Anwendung der desfallsigen französischen Gesetze ic. festgesetzt worden.

45. Mainz den 16. Brumaire VIII (7. Novbr. 1799).

Der Regierungs-Commissar (Lafanal) publicirt den in den vier neuen Departementen des linken Rheinufers zur gesetzlichen Anwendung zu bringenden Beschluß des Vollziehungs-Direktoriums vom 17. Floreal v. J., über die Regeln des öffentlichen Rechnungswesens nach dem neuen Decimal-Münz-Gewicht- und Maaß-Systeme, nebst den diesem Beschlusse angehängten Vergleichungs-Tabellen des Werthes des Franken und des Livres tournois und einem Tarif des Werthes der in den vier Depar-

tementen coursirenden alten Münzen gegen Franken und Centimen.

**Bemerk.** Durch einen gleichmäßigen Beschluß vom 29. Pluviose X (8. Febr. 1802) ist der Franken-Werth der in den vier Departementen coursirenden ältern Münzen herabgesetzt worden.

46. Mainz den 2. Pluviose VIII (22. Jan. 1800).

Der Regierungs-Commissar (Chée).

Die Constitutions-Acte der französischen Republik vom 22. Frimaire Jahrs VIII (13. Decbr. 1799) wird den Bewohnern der vier neuen Departemente des linken Rheinflufs, mit dem Bemerkn, zu ihrer Nachricht verkündet, daß nur allein die mittelst besonderer Verordnungen publicirten Artikel derselben, verbindende Kraft haben.

47. Mainz den 6. Prairial VIII (26. Mai 1800).

Der Regierungs-Commissar (Chée)

publicirt, nebst dem nachstehenden, am 24. Floreal VIII (14. Mai c.) erlassenen Beschlusse der Consuln, einen Auszug des im 3. Artikel desselben bezogenen Gesetzes, wodurch die Departemental-, Bezirks- und Gemeinde-Verwaltungs-Ordnung festgesetzt, und die Anordnung von Präfecten, Unter-Präfecten und Maires, so wie jene der Departements-, Bezirks-, Präfectur- und Gemeinde-Räthe verordnet worden.

Die Consuln der Republik, beschließen:

1. Die Departemente der Saar, der Roer, des Rheines und der Mosel, und des Donnersberges, sollen in Gemeinde-Bezirke (arrondissement communaux) eingetheilt werden, deren jeder dasjenige Territorium umfassen wird, welches der Jurisdiction eines jeden der bestehenden forektionellen Polizei-Gerichte unterworfen ist.

2. Diejenigen Gemeinden, in welchen die Central-Verwaltungen ihren Sitz haben, bleiben Departements-Haupt-Orte, und jene, wo die forektionellen Polizei-Gerichte ihre Sitzungen halten, sind Haupt-Orte der Gemeinde-Bezirke.

3. Die vier vorgenannten Departemente werden, nach Maßgabe des Gesetzes vom 28. Pluviose c. a., von einem General-Gouvernements-Commissar verwaltet, welcher mit dem Justiz-Minister correspondiren wird.

**Bemerkt.** Der Regierungs-Commissar hat unterm 15. Messidor VIII (4. Juli 1800) den Consular-Beschluß vom 17. Ventose VIII (8. März c. a.) über die Installirung, Amtstracht und Berrichtungen der Präfekte etc., publicirt. Durch einen gleichmäßigen Beschluß der Consuln, vom 22. Fructidor VIII (9. Septbr. 1800) sind die vorgenannten vier Departemente, vom 1. Vendemiaire IX (23. Septbr. ej. a.) an, den anderen Departementen der Republik assimilirt, und bestimmt worden: a.) daß daselbst die, die Verwaltung der Justiz, des Innern, der Polizei, des Krieges und der Marine betreffenden Gesetze und Reglements, in Folge desfalliger successiver Befehle des Gouvernements in Vollzug gesetzt werden sollen; b.) daß, von obigem Zeitpunkte an, die seither dem Justizminister übertragene ausschließliche Verwaltung der vier Departemente aufhören soll, und die Präfekte direkt mit dem General-Commissar des Gouvernements correspondiren sollen, welche Letzterer mit allen Ministern nach Maßgabe ihrer Attributionen correspondiren wird.

Die definitive Vereinigung mit Frankreich der vorbezeichneten vier Departemente, so wie die wiederholte Bestimmung, daß in denselben die Gesetze und Reglements der Republik, nur in Folge besonderer Beschlüsse des Gouvernements, angewandt werden sollen, ist durch ein am 18. Ventose IX (9. März 1801) vom ersten Consul proklamirtes, und vom Reg.-Commissar sub dato Mainz den 13. Germinal IX (3. April 1801) publicirtes Gesetz ausgesprochen; sodann auch von dem Reg.-Commissar am 7. Thermidor IX (26. Juli 1801) ein Consular-Beschluß vom 29. Messidor IX (18. Jul. 1801) publicirt worden, wodurch ein Aufruf an die Bewohner der vier neuen mit der Republik vereinigten Departemente verkündet, und den Präfekten befohlen wird, in den ersten zehn Tagen des Thermidors in jedem Departemente die Maires und Mitglieder der Municipalräthe zu versammeln, um der Republik das Versprechen der Treue, nach einem beigefügten Formulare, zu leisten. Mit Bezug auf das zuletzt bezeich-

nete Gesetz, ist durch einen Consular-Beschluß vom 16. Messidor X (5. Juli 1802) ferner verfügt worden, daß, mit Ausschluß des an die Batavische Republik abgetretenen Gebietes des Roer-Departements, diejenigen Grenzen der vier Departemente definitiv beibehalten werden sollen, welche durch den Beschluß des Reg.-Commissars vom 4. Pluviose VI und die im Laufe des Jahres VII publicirten Ortschafts-Berzeichnisse (Conf. Bemerk. ad Nro. 28. d. 3.) festgesetzt worden sind.

48. Mayence le 17. Fructidor an VIII (4. Sept. 1800).

Le Commissaire général du Gouvernement (Shée),

Considerant que dans le nombre des Ordonnances, lois et arrêtés du Directoire executif, déclarés obligatoires dans les quatre nouveaux departemens, il en est quelquesuns qui, quoiqué publiés posterieurement aux autres sur la même matière, sont cependant d'une date plus ancienne; qu'il en est resulté dans quelques Tribunaux un doute sur la question de savoir, le quel des deux doit servir de regle dans les points où ils se trouvent en contradiction. Qu'il est dés lors instant de faire connaitre le principe d'après lequel cette question doit être resolue;

Considerant qu'en publiant les lois françaises dans les quatre nouveaux departemens, il n'a pas été dans l'intention du gouvernement, d'y introduire une jurisprudence differente de celle suivie dans ceux de l'intérieur en vertu de ces lois:

Declare, que ce ne sont pas les dates des reglemens portant la publication dans les quatre nouveaux departemens des ordonnances, lois et arrêtés du directoire executif, mais les dates de ces mêmes ordonnances, lois et arrêtés qui constituent l'ordre de leur priorité dans la legislation de ces mêmes departemens;

Arrête en consequence, que dans l'application des dits ordonnances, lois et arrêtés, lesquelles présenteraient des dispositions contradictoires, on suivra de préférence ceux de la date la plus recente, quelqu'ait été l'époque de leur publication.

Le présent arrêté sera imprimé dans les deux langues et inséré au bulletin des reglemens:

49. Mainz den 15. Frimaire IX (6. Decbr. 1800).

Der Regierungs-Commissar (Follivet).

Nebst Publikation des Consular-Beschlusses vom 29. Prairial VIII (18. Juni 1800) die Versendung und das Abonnement des Gesetzbulletins betreffend, wird dessen Inhalt auf die zu Mainz unter Autorität des Regierungs-Commissars erscheinenden, in den vier neuen Departementen des linken Rheinufers gesetzliche Kraft habenden Bulletins der Verordnungen von den Jahren VIII u. IX und ferner, angewendet, und der Abonnementspreis jedes Jahrganges zu 12 Fr. bestimmt.

50. Mainz den 15. Pluviose IX (4. Febr. 1801).

Der Regierungs-Commissar (Follivet)

publicirt einen am 13. Brumaire IX (4. Novbr. 1800) erlassenen Consular-Beschluß, wodurch, unter Bestimmung der Vollziehungsart, verordnet wird, daß das Decimal-System der Maaße und Gewichte vom 1. Vendemiaire X (23. Septbr. 1801) an, im ganzen Umfange der Republik zur Anwendung gebracht werden soll.

Bemerk. Der Reg.-Commissar hat am 18. Thermidor IX (6. August 1801) einen Consular-Beschluß vom 29. Prairial IX (18. Juni ej. a.) publicirt, wodurch die Art und Nothwendigkeit der Verifikation und Michtung aller Maaße und Gewichte verordnet wird.

51. Mainz den 14. Floreal X (4. Mai 1802).

Der Regierungs-Commissar (Jeanbon St. André)

publicirt das Gesetz vom 18. Germinal X (8. April 1802) über die Reorganisation des römisch-katholischen und des protestantischen Cultus im ganzen Umfange der französischen Republik, nebst der darauf Bezug habenden Prokla-



mation der Consuln vom 27. Germinal desselben Jahres, als eine in den vier neuen Departementen zur Anwendung kommende Verordnung.

Bemerk. Der Regierungs-Commissar hat durch einen besondern Beschluß vom 4. Floreal X (25. April 1802), die Art bestimmt, wie das vorbezeichnete Gesetz in den vier neuen Departementen in Vollzug gesetzt werden soll.

52. Mainz den 13. Messidor X (2. Juli 1802).

Der Regierungs-Commissar (Jeanbon-St. André)

publicirt den nachstehenden Consular-Beschluß vom 20. Prairial X (9. Jan. 1802).

Die Consuln der Republik

beschließen, nach Anhörung des Staatsrathes, daß in den Departementen der Saar, der Mosel, des Rheines und der Mosel, und des Donnersberges, die Mönchs-Orden, die geistlichen regulären Congregationen, die Stifter und die Pfründen, außer den, in Folge des Gesetzes vom 18. Germinal d. J. (Conf. Nr. 51. d. J.) errichteten, oder zu errichtenden Bisthümern, Pfarren, Dom-Kapiteln und Seminarien, sodann auch mit Ausschluß derjenigen Stiftungen, die sich dem öffentlichen Unterricht und der Krankenpflege allein widmen und zu diesem Behuf Schulen und Krankensäle wirklich halten, aufgehoben, ihre beweglichen und unbeweglichen Güter inventarisiert und mit den National-*Domainen* vereinigt, die inländisch gebornen Mitglieder derselben pensionirt, die Ausländischen hingegen, mit einem Reisegelde versehen, auf das rechte Rheinufer verwiesen, 10 der größten Gebäude zu Centralorten ermittelt werden sollen, um in 6 derselben diejenigen Frauenzimmer und in 4 derselben diejenigen, über 70 Jahr alten Männer aufzunehmen, welche es vorziehen möchten, ohne Unterschied des Ordens und ohne fortgesetzte Bedeutung der frühern Klostervereinigung, ferner in Gemeinschaft zu leben.

Der General-Commissar des Gouvernements in den 4 vereinigten vorbezeichneten Departementen und die Präfecte, werden in Verbindung mit den Beamten der Nation-

nal-*Domainen-Verwaltung*, sowohl zur Ausführung des oben Aufgeführten, als auch zur Verwaltung und zur Sicherung des Vermögens-Bestandes der aufgehobenen Corporationen gegen Verdunklungen, zur Feststellung und Abschließung ihres Rechnungswesens, zur Ermittlung und verantwortlichen Ueberlassung an die betreffenden Geistlichen, der zur Fortsetzung des gesetzlich erforderlichen Gottesdienstes nöthigen Kirchen, Sakristeien, Wohnungen, Gärten, Mobilien und Kirchenparamenten, zur eigenthümlichen Ueberweisung an die ausscheidenden Geistlichen, der zu ihrem ausschließlichen oder persönlichen Gebrauche, frühherin bestimmten, in den aufgehobenen Anstalten vorhandenen Mobilien, Wäsche, Kleidungsstücke *ic. ic.* mit ausführlicher Anweisung versehen, sodann wird auch bestimmt, daß 10 Tage nach der Publikation des gegenwärtigen Beschlusses, die Mitglieder der aufgehobenen Körperschaften ihre seitherigen Wohnungen, welche jetzt National-Gebäude sind, räumen, und ihre frühere Ordenskleidung ablegen müssen.

Die in ihrem völligen Bestande bleibenden, dem Unterricht und der Krankenpflege sich widmenden Corporationen, sollen in Gemäßheit der in den andern Theilen der Republik bestehenden Gesetze verwaltet werden, und wird der General-Commissar des Gouvernements sich mit dem Finanz-Minister, über die Publikation derjenigen, in Betreff der Central-Klöster erlassenen Gesetze einigen, deren Ausführung in den vier Departementen nöthig sein wird.

**Bemerk.** Dem vorstehenden Gesetze sind folgende Beschlüsse des Gouvernements-Commissars vorausgegangen, nämlich: 1) vom 21. Pluviose VI (9. Februar 1798) wodurch allen Obern und Vorstehern von Klöstern, Kapiteln und geistlichen Corporationen verboten wird, ferner Novizzen anzunehmen, und diesen untersagt wird, Gelübde abzulegen, sie auch angewiesen werden, binnen 20 Tagen die Klöster *ic. zu verlassen*; — 2) vom 7. Germinal VI (27. März 1798) wodurch die Einziehung der Einkünfte abwesender Mitglieder von geistlichen Corporationen, und die Sequestration, deren Güter in bezeichneten Fällen befohlen wird; — 3) vom 9. Vendemiaire VII (30. Septbr. 1798) wodurch die statutenmäßig, periodisch erforderlichen Erneuerungen der Klostergelübde verboten, und die beiden ersteren Beschlüsse auf solche geistliche Corporationen wo dieses üblich ist, angewendet werden,

und 4) vom 28. Frimaire IX (19. Decbr 1800) wodurch die Expulsion der fremden und die Zählung der einländischen Klostergeistlichen etc. befohlen wird.

---

53. Mainz den 13. Messidor X (2. Juli 1802).

Der Regierungs-Commissar (Jeanbon, St. André)

publicirt das auch in den vier neuen Departementen zur Anwendung zu bringende Gesetz vom 11. Floreal X (1. Mai 1802) über die Organisation des öffentlichen Unterrichtes im ganzen Umfange der französischen Republik.

---

54. Mainz den 11. Thermidor X (30. Juli 1802).

Der Regierungs-Commissar (Jeanbon, St. André)

verkündigt einen Consular-Beschluß vom 16. Messidor X (5. Juli c. a.) wodurch gelegentlich eines erhobenen Competenz-Confliktes, sowohl über denselben entschieden, als auch bestimmt wird, daß das über diesen Gegenstand im Allgemeinen, am 21. Fructidor III erlassene Gesetz unverzüglich und vollständig in den vier neuen Departementen des linken Rheinufers durch den General-Commissar des Gouvernements publicirt werden soll.

---

55. Mainz den 15. Thermidor X (3. August 1802).

Der Regierungs-Commissar (Jeanbon, St. André)

publicirt den nachstehenden, am 11. Messidor X (30. Juni 1802) erlassenen Consular-Beschluß:

Die Consuln der Republik

beschließen, nach Anhörung des Staats-Rathes, daß in den vier vereinigten Departementen des linken Rheinufers,  
 1) Die Constitution der französischen Republik, am 1. Vendemiaire XI (22. Decbr. 1802) in Wirksamkeit treten soll;  
 2) daß das Gesetz vom 13. Ventose IX über die, laut der

Constitution, zu errichtenden und zu erneuernden Wahllisten publicirt, und die desfallige Operation bis zum 10. Nivose XI beendigt werden soll; 3) daß das Gesetz vom 28. Pluviose VIII über die Landes-Verwaltung, und die auf dieses Gesetz sich beziehenden Beschlüsse, publicirt und zur Ausführung gebracht werden sollen; 4) daß der General-Commissar des Gouvernements und Präfekt des Departements vom Donnersberge, seine Wirksamkeit in ersterer Eigenschaft, am vorbezeichneten Tage einstellen, und jene als Präfekt fortsetzen soll; 5) daß die Verhandlungen, Register ic. des General-Commissariats an die betreffenden Minister eingesandt, und die zum Dienst desselben gewidmeten Gebäude und Mobilien, welche zur Präfectur nicht nöthig sind, zur Verfügung des Direktors der National-Domains gestellt werden sollen; 6) daß in Folge des zuletzt bezogenen Gesetzes, die Gemeinde-Behörden überall, und da wo jetzt ein Maire vorhanden ist, ohne Berücksichtigung der Zahl, der unter seiner Verwaltung vereinigten Gemeinden, angeordnet werden, und daß die Functionen aller bestehenden, im genannten Gesetze nicht bezeichneten Verwaltungs-Beamten aufhören sollen, und 7) daß fernere Beschlüsse diejenigen Gesetze der Republik bezeichnen werden, welche künftig in diesen Departementen proklamirt werden sollen.

56. Mainz den 16. Fructidor X (3. Septbr. 1802).

Der Regierungs-Commissar (Jeanbon-St. André)

publicirt einen am 27. Messidor X (16. Juli 1802) erlassenen Consular-Beschluß über die Vermessung, Cultur, Begrenzung und Verwaltung der National-, Kirchen-, Stiftungs- und Gemeinheits-Waldungen in den vier Departementen des linken Rheinufers.

57. \* Paris le 28. Fructidor X (7. September 1802).

Les Consuls de la Republique etc.,  
arrètent:

Art. 1. La loi du 21. Nivose an VIII (11. Jan.

\*) Die mit einem Sternchen bezeichneten Verordnungen sind weder in der Rudler'schen Gesefsammlung noch auch in jener seiner Nach-

1800) concernant le rachat et l'aliénation des rentes dues à la République, et l'arrêté du 27. Prairial même année (16. Juni 1800), relatif à l'emploi des capitaux de ces rentes, seront imprimés et promulgués dans les départemens de la rive gauche du rhin pour y être exécutés.

Art. 2. La promulgation de la loi et de l'arrêté ci-dessus ne sera pas applicable aux capitaux dont le remboursement est exigible à la volonté du créancier, en prévenant le débiteur cinq à six mois d'avance, suivant les usages locaux ou les conditions de l'acte constitutif. etc.

Bemerk. Durch einen spätern gleichmäßigen Consular-Beschluß vom 24. Frimaire XI (15. Dezember 1802), ist der vorstehende Text wiederholt verkündet und sind mit demselben die darin bezeichneten ältern gesetzlichen Bestimmungen promulgirt worden.

58. Paris den 28. Fructidor X (7. September 1802).

Die Consuln der Republik

beschließen, daß das Gesetz vom 29. Floreal X (19. Mai 1802), über die zu erhebenden Einfuhrgebühren vom Tabak in Blättern und über die Tabakfabrikationsgebühren, in den 4 Departementen des linken Rheinufers publicirt und in Vollzug gesetzt werden soll.

Bemerk. Dieses Gesetz war schon durch den Regierungs-Commissar zu Mainz unterm 11. Thermidor X (5. Juli 1802) in den 4 Departementen promulgirt worden.

59. \* Paris den 24. Vendemiaire XI (16. October 1802).

Die Consuln der Republik

beschließen, daß diejenigen Gesetze und allgemeinen Reglements über die Ein- und Ausfuhr, den Transport und die Circu-

folger oder in der Sammlung der Bulletins des lois enthalten, sondern durch besondere Bulletins promulgirt worden.

lation der Lebensmittel und Waaren binnen den der Zollpolizei unterworfenen Grenzen, sodann über die Handelsverhältnisse Frankreichs mit seinen Colonien, welche in den 4 Departementen des linken Rheinufers noch nicht in Vollzug gesetzt sind, daselbst publicirt und befolgt werden sollen.

60. \* Paris le 4. Frimaire XI (25. November 1802).

**Les Consuls de la Republique,**  
 sur le Rapport du grand-juge, ministre de la justice,  
 Vu la loi du 18. Ventose IX (9. März 1801 Nro. 2670 d. C.) Art. 3, qui charge le gouvernement de publier successivement les lois et reglemens de la republique dans les quatre nouveaux departemens de la rive gauche du Rhin;

Vu l'article 19 de l'arrêté du 20. Praireal an X (Conf. Nro. 52 d. 3.) portant que les lois relatives à l'administration, aux baux et à la vente des biens nationaux de l'ancien territoire, ainsi qu'à la liquidation et au paiement des dettes dont ils étaient grevés, seront publiés, si fait n'a été, dans les departemens de la rive gauche du Rhin, pour y être appliquées aux biens dépendans des maisons et établissemens religieux supprimés dans ces pays par cet arrêté;

Vu les lois dont l'énumération suit:

**Lois relatives à l'administration et à l'aliénation des biens nationaux**

Art. 2 de la loi du 22. Avril 1790, concernant l'administration des biens déclarés à la disposition de la nation.

Art. 7 et 8 du titre 1er de la loi du 17. Mai 1790, concernant la vente de quatre cents millions de domaines nationaux.

Art. 16, 17 et 20 de la loi du 25. Juillet 1790, concernant l'aliénation des tous les domaines nationaux.

Titre 3 de l'instruction du 31. Mai 1790 pour la vente des domaines nationaux, décrétée à la suite de la loi du 25. Juillet 1790, concernant l'aliénation de tous les domaines nationaux.

Art. 27, 28, 29, 31, 32, 33, 34 et 35 de la loi des 6., 11. et 24. Août 1790, sur la constitution civile du clergé et la fixation de son traitement.

Art. 2. du Titre 1er, art. 30. du titre 2, art. 9 et 10 du titre 3 de la loi du 5. novembre 1790, sur la désignation des biens nationaux à vendre, sur leur administration jusqu'à la vente, sur les créanciers particuliers des différentes maisons, et sur l'indemnité de la dime inféodée.

Art. 16 et 18 de la loi du 17. novembre 1790, sur la vente des domaines nationaux.

Art. 1, 2, 3, 4, 5, 8, 9, 13, 32, 33, 34, 35, 36 et 38 de la loi du 1er décembre 1790, relative aux domaines nationaux, aux échanges et concessions qui ont été faits, et aux appanages.

Loi du 1er avril 1791, relative à la jouissance des biens ci-devant dits domaniaux, dans la quelle aucun possesseur ne doit être troublé.

Art. 1, 2, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14 et 15 de la loi du 27. avril 1791, relative aux baux emphytéotiques, baux à cens, rentes et autres.

Paragaphes 1, 2 et 3 de la loi du 10. juillet 1791, sur divers objets concernant l'aliénation des domaines nationaux.

Loi du 6. août 1791, relative à l'estimation de la valeur locative des édifices occupés par les corps administratifs et les tribunaux.

Loi du 16. octob. 1791, relative aux déclarations de command ou élections d'ami.

Loi du 16. octob. 1791, relative aux rentes constituées au profit de religieux ou religieuses, ou acquises avec le produit de leur pécule.

Art. 1 et 2 de la loi du 16. octob. 1791, relative aux biens provenant des fondations.

Loi du 24. avril 1793, qui déclare biens nationaux les biens meubles et immeubles qui ont été possédés par les ci-devants chevaliers, compagnies d'arquebusiers, archers, arbalétriers, couleuvriniérs et autres corporations.

Loi du 6. juin 1793, qui prononce la peine de deux années de fers contre quiconque dégradera les monumens nationaux.

Loi du 15. Frimaire an 2, qui accorde la faculté de resilier les baux, aux acquereurs des biens retirés par la nation des mains du ci-devant clergé, des corporations laïques supprimées etc. ou confisqués en vertu de condamnations.

Loi du 13. Pluviose an 2, portant que les biens situés en France, provenant des jésuites de trèves et des abbayes, corps et communautés étrangers, seront régis et vendus comme les autres domaines nationaux.

Loi du 28. germinal an 2, concernant les baux des domaines nationaux.

Loi du 21. floréal an 2, relative aux baux des domaines nationaux.

Loi du 3. floréal an 3, portant qu'à l'avenir les fermages des propriétés rurales seront acquis aux adjudicataires, proportionnellement et à compter du jour de l'adjudication.

Loi du 7. vendémiaire an 4, qui détermine les cas dans lesquels les fermiers de biens nationaux, dont les baux ont été annullés, jouiront de la récolte de l'an 3.

Art. 3, 9 et 22, de la loi du 16. brumaire an 5, relative aux dépenses ordinaires et extraordinaires de l'an 5.

Loi du 12. ventose an 5, concernant l'annulation ou la resiliation de baux à ferme des domaines nationaux.

Loi du 21. germinal an 5, relative aux ventes de maisons nationales, faites avec réserve d'usufruit.

Loi du 26. nivose an 6, interprétative de l'art. 2 de celle du 21. germinal an 5, concernant la vente des maisons nationales, faites avec réserve d'usufruit.

Art. 11, de la loi du 26. Vendémiaire an 7, relative à une vente de domaines nationaux.

Lois relatives à la liquidation et au paiement des dettes nationales.

Art. 5, 8, 9, 10, 11 et 13 du titre 4 du décret



du 23. octobre 1790, sanctionné le 5. novembre suivant, sur la désignation des biens nationaux à vendre, sur leur administration jusqu'à la vente, sur les créanciers particuliers des différentes maisons, et sur l'indemnité de la dime inféodée.

Art. 1er de la loi du 27. avril 1791, relative aux créanciers des maisons, corps, communautés et établissemens supprimés.

Art. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 et 9 du §. 1er de la loi du 24. août 1793, qui ordonne la formation d'un grand livre pour inscrire et consolider la dette publique non viagère.

Art. 66, 67 et 68 formant le §. 21 de la même loi, même objet.

Art. 69 et 70 formant le §. 22 de la même loi, même objet.

Art. 78 du §. 26 de la même loi, même objet.

Art. 113, 114, 115 et 116 du §. 33 de la même loi, même objet.

Art. 130, 131, 132, 133, 134, 137, 138, 139, 140, 141 et 142 du §. 37 de la même loi, même objet, avec les modèles y annexés.

Art. 175, 176, 177, 178, 179, 180 et 181 du §. 42 de la même loi, même objet.

Art. 205 faisant le §. 46 de la même loi, même objet.

Art. 223 du §. 47 de la même loi, même objet.

Art. 11, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 25, 27, 28 et 29 de la loi du 23. messidor an 2, sur la réunion de l'actif et passif des hopitaux, maisons de secours, de pauvres, etc. au domaine national; la liquidation du passif des ces établissemens. la prorogation du délai pour la remise des titres de créances sur les communes; le rapport de la déchéance de six mois d'intérêts, et autres dispositions générales sur la liquidation de la dette publique.

Loi du 8. floréal an 3, relative aux rentes viagères.

Art. 8 de la loi du 23. prairéal an 3, qui prononce la déchéance contre tous créanciers de la répu-

blique, autre que ceux compris dans les exceptions déterminées, qui n'ont point encore formé de réclamation.

Art. 98 du titre 14 de la loi du 9. vendémiaire an 6, relative aux fonds nécessaires pour les dépenses générales, ordinaires et extraordinaires de l'an 6.

Art. 6, 8 et 9 du titre 2 de la loi du 24. frimaire an 6, relative à la liquidation de l'arriéré de la dette publique.

Art. 13, 14, 15, 16, 17, 18, 20, 21, 22, 23. et 24 du titre 4 de la même loi, même objet.

Art. 28, 30, 31 et 32 du titre 6 de la même loi, même objet.

Art. 48 et 49 du titre 9 de la même loi même objet.

Art. 90, 91, 92, 93 et 94 du titre 14 de la même loi, même objet.

Art. 7, 8, 9 et 10 de la loi du 5. prairial an 6, relative à la liquidation de la dette des neufs départemens réunis.

Arrêté du directoire executif du 13. germinal an 6, concernant les titres des créances liquidées en exécution de la loi du 24. frimaire an 6.

Loi du 28. floréal an 7, relative aux transferts de la dette publique.

Loi du 26. frimaire an 8, qui dispense des formalités du timbre et de l'enregistrement les actes concernant la liquidation de la dette publique.

Le conseil d'Etat entendu,

Arrêtent:

Article Ier. Les lois et arrêtés ci-dessus énoncés seront, avec le présent arrêté, imprimés et publiés dans les départemens de la rive gauche du Rhin, pour y être exécutés.

II. Le grand-juge, ministre de la justice, est chargé de l'exécution du présent arrêté, qui sera imprimé pour ces départemens seulement.

Bemerk. Ein Abdruck der oben bezeichneten gesetzlichen Bestimmungen ist als Anhang des vorstehenden, bei

dem forektionellen Tribunal zu Cleve am 26. Pluviose XI (15. Febr. 1803) einregistrirten Beschlusses mit demselben publicirt worden.

61. \* Paris le 4. pluviose XI (24. Jan. 1803.)

Le Gouvernement de la Republique, etc.  
Arrêté:

Art. 1. La loi du 15. floréal an X, qui détermine un nouveau mode pour la vente des fonds ruraux appartenant à la nation, et la loi du 16. du même mois, relative aux bons deux tiers et à la vente des maisons, usines et bâtimens nationaux, seront publiées pour être executées dans les quatre departemens de la rive gauche du Rhin, etc.

Bemerk. Die bezeichneten zwei Gesetze sind dem vorstehenden Beschluß angehängt.

62. Paris den 8. Pluviose XI (28. Jan. 1803.)

Die Regierung der Republik

bestimmt, in Folge des die Grenzen der 4 neuen Departemente festsetzenden Beschlusses vom 16. Messidor X (5. Juli 1802) (conf. Bemerk. ad No. 47 d. 3.), die Hauptorte, wo in den 4 Departementen des linken Rheinufers die Friedensgerichte residiren sollen und bezeichnet die zu den einzelnen Cantonen gehörenden Gemeinden.

63. Paris le 16. pluviose XI (5. Febr. 1803).

Le Grand-Juge et Ministre de la Justice  
aux

Préfets et aux tribunaux de 1ere Instance et d'Appel de la rive gauche du Rhin et à ceux de la 27ème Division militaire.

Je vous prévien Citoyens, que l'intention des Consuls de la republique est que vous consideriez, comme

une Règle générale, que les lois et arrêtés rendus postérieurement à la réunion des départemens de la rive gauche du Rhin \*), doivent être communs à ces départemens comme au reste de la republique.

Cette règle s'applique également aux départemens de la 27<sup>ème</sup> division militaire, à dater du 1<sup>er</sup> vendémiaire dernier.

Veillez donc bien prendre, chacun en ce qui vous concerne, les mesures convenables pour faciliter et pour assurer l'exécution de cette décision. Je vous salue  
signé Regnier.

---

\*) 18. ventose IX (9. März 1801).

---

64. \* Paris le 10. germinal XI (31. März 1803).

Le Gouvernement de la Republique, etc.  
Arrêté:

Art. 1<sup>er</sup>. La loi du 27. ventose an VIII sur l'organisation des tribunaux, l'arrêté du 27. floréal relatif à la répartition et au mode de payement des dépenses judiciaires, l'arrêté du 18. prairial relatif au recouvrement des cautionnemens à fournir par les greffiers, avoués et huissiers, et l'arrêté du 8. messidor même année relatif au traitement des greffiers des tribunaux, seront imprimés et publiés dans les départemens du Mont-Tonnere, de Rhin et Moselle, de la Roer et de la Sarre, pour y être exécutés. etc.

B e m e r k. Die vorbezeichneten gesetzlichen Bestimmungen befinden sich als Anhang des obigen Beschlusses abgedruckt.

---

65. \* Paris le 10. germinal XI (31. März 1803.)

Le gouvernement de la Republique, etc.  
Arrête:

Art. 1<sup>er</sup>. La deuxième et la troisième disposition de l'art. 30 de la loi du 29. vendémiaire an 6, concernant l'enregistrement des actes sous seing privé trans-

latifs de propriété, seront, avec le présent arrêté, imprimés et publiés dans les départemens de la rive gauche du Rhin, pour y être exécutés. etc.

**Bemerk.** Der bezeichnete Gesetzes-Auszug ist diesem Beschlusse angehängt.

66. \* Paris le 15. prairial XI (4. Juni 1803).

Le gouvernement de la Republique, etc.  
Arrête:

Art. 1er. L'arrêté du gouvernement de 22. thermidor an VIII, relatif à la nomination, au cautionnement et aux attributions des huissiers, sera publié dans les départemens de la Roer, de la Sarre, de Rhin et Moselle et du Mont-Tonnerre. etc.

**Bemerk.** Der vorbezeichnete Regierungsbeschluss ist mit dem Gegenwärtigen publicirt worden.

67. Paris den 24. Prairial XI (13. Juni 1803).

Das Gouvernement der Republik, auf den Bericht des Großrichters, Ministers der Justiz, und nach Anhörung des Staats-Raths, beschließt:

Daß nach Jahresfrist seit der Publikation des gegenwärtigen Beschlusses, in den Departementen des vormals belgischen Gebietes, in jenen des linken Rheinufer, und in andern genannten Departementen, wo der Gebrauch noch bestehen möchte, die öffentlichen Akten in der Landessprache abzufassen, alle diese Akten künftig in französischer Sprache geschrieben werden müssen; daß es jedoch den öffentlichen Beamten gestattet ist, auf Verlangen der Parteien, eine Uebersetzung des französischen Textes in die Landessprache, diesem zur Seite, auf gebrochenem Bogen zu setzen, und daß die Akten unter Privatunterschrift zwar ferner in der Landessprache abgefaßt werden können, jedoch mit der Auflage, daß bei der Präsentation derselben zur Einregistrierung eine, von einem geschwornen Uebersetzer beglaubigte, französische Uebersetzung dieser Akten, auf Kosten der Parteien, beigefügt werden müsse.

**Bemerk.** Der Regierungs-Commissar Kudler hatte schon durch einen Beschluß d. d. Mainz den 10. Germinal VI (30. März 1798) verordnet, daß in den 4 neuen Departementen des linken Rheinufers alle, von den Departemental-, Gemeinde- und Gerichts-Behörden vollzogene öffentliche Akten, Beschlüsse, Protokolle, Urtheile ic., ohne Ausnahme in französischer Sprache abgefaßt werden müssen.

68. \* Paris le 3. thermidor XI (22. Juli 1803).

Le gouvernement de la Republique, etc.

Arrête:

Art. 1er. L'arrêté du 18. ventose an VIII, relatif à la liquidation des rentes dont le rachat ou l'aliénation sont demandés, sera imprimé et promulgué dans les departemens de la rive gauche du Rhin. etc.

**Bemerk.** Der vorbezeichnete Regierungsbeschluß ist mit dem Gegenwärtigen publicirt worden.

69. \* Paris le 6. thermidor XI (25. Juli 1803).

Le gouvernement de la Republique, etc.

Arrête:

Art. 1er. Les extraits ci-joints des lois des 27. fevrier 1792 et 14. floréal an 3, concernant la fabrication et distribution de fausse monnaie, seront exécutés dans les neuf departemens réunis par la loi du 9. vendémiaire an 4, et dans les quatre departemens de la rive gauche du Rhin etc.

**Bemerk.** Die diesem Beschlusse beigefügten Gesetzes-Auszüge sind der Art. 7 des zuerst bezeichneten Gesetzes und aus dem zweitbezogenen Gesetz folgende Bestimmung: „Le principe de la confiscation est mainteau à l'égard des fabricateurs et distributeurs de fausse monnaie.“

70. \* Au Pont-de-Brique le 17. thermidor XII (5. August 1804).

Napoléon, Empereur des français, etc.  
Décrète:

Art. 1er. Les titres 1, 2 et 3 de la loi du 29. décembre 1790, relative au rachat des rentes foncières, seront imprimés et publiés dans les départemens de la rive gauche du Rhin, pour y recevoir leur exécution. etc.

Bemerk. Die vorbezeichneten gesetzlichen Bestimmungen sind mit diesem Dekrete publicirt worden.

71. \* Au Palais impérial à Mayence le 9. Vendémiaire XIII (1. October 1804).

Napoléon, Empereur des français etc.

Des Rentes et redevances purement foncières et des rentes féodales des quatre départemens de la rive gauche du Rhin.

Art. I. Sont présumées purement foncières, conformément aux statuts et usages des pays composant les 4 départemens de la rive gauche du Rhin, les redevances ci-dessous énoncées, savoir:

1. les redevances connues sous les noms de Erbleihen, Erblehen, Erbverleihung, Erbbestand, Erbpacht, Erbzius a)

2. les droits de Laudemium, Handlohn et Erbschatz b) y relatifs.

3. les Medum ou portions de récoltes de terre à complants, les Theiltrauben c), Theilwein, ou part raisins, ou part fruits à complante.

4. les Grundpacht, les Grundzius ou Bodenzius, c'est-à-dire, les cens assis sur des biensfonds, pourvu qu'ils ne le soient pas sur la généralité des biensfonds dépendans dans une même commune du même seigneur; il en est de même des rentes connues sous les nom générique Ziis et Gulte d), assises sur des biensfonds.

5. les Grundpacht, Grundzius ou Bodenzius appartenant à des individus, ou à des corporations non seigneurs dans la commune ou la rente est due,

6. les redevances dues pour le cours d'eau, Wasserlauf-Gebühren e), à raison d'établissements formés sur une rivière flottable ou navigable.

II. Toutes les anciennes redevances, prestations et droits autres que ceux énoncés ci-dessus sont, suivant les mêmes statuts et usages du pays, présumés féodaux, et comme tels, abolis.

III. Nonobstant la présomption mentionnée dans l'art. 1er, le redevable sera admis à prouver que la redevance est féodale, comme aussi, nonobstant la présomption mentionnée en l'art. 2, le propriétaire de la redevance sera admis à prouver qu'elle est foncière.

IV. Les propriétaires des redevances mentionnées en l'art. 1er et qui en étaient en possession lors de l'entrée des troupes françaises dans les quatre départemens, ou depuis cette époque, ne pourront être assujettis à aucune autre preuve qu'à celle prescrite par l'art. 1er du règlement du 18. messidor an 10, et qui consiste à produire un titre reconnaissant ou déclaration, tel que livre terrier, livre de collecte, Scheffen-Weisthum f), contrat de vente, bail, contrat de mariage, inventaire ou partage de succession, compte.

V. Sera considéré comme preuve de l'abolition d'une redevance pour cause de mélange de féodalité,

1. le titre constitutif par le quel le même immeuble se trouve grévé, au profit du même seigneur, de redevances reconnues foncières et de redevances reconnues féodales.

2. le titre reconnaissant, lorsque les redevances foncières et féodales dues par le même individu au même seigneur, y sont portées par une seule et même disposition, sauf en ce cas, la preuve qu'originellement le mélange n'a pas eu lieu.

VI. Ne sera point admissible comme preuve de mélange de féodalité, un titre reconnaissant dans le quel les redevances foncières et les redevances féodales se trouveront énoncées distinctement et séparément, sans qu'il y ait de liaison entre l'une et l'autre énonciation.

VII. Les preneurs à rente d'anciens droits abolis ne pourront demander qu'une réduction proportionnelle



des redevances dont ils sont chargés, lorsque les baux à rente contiendront, outre les droits abolis, des baux ou autres immeubles.

VIII. Ne pourront, à l'avenir, être exigés que les arrérages échus depuis le 1er. vendémiaire an 6 et ceux à écheoir.

IX. Les débiteurs de rentes foncières envers la république qui, sous le délai de six mois, à compter de la publication du présent décret, feront au bureau du receveur de l'enregistrement de leur arrondissement, la déclaration des redevances par eux dues, jouiront, pour en acquitter les arrérages échus, d'un délai de 15 ans, pendant lequel ils payeront chaque année un quinzième du montant des dits arrérages outre ceux de l'année courante.

Ceux qui n'auront pas faits dans le délai prescrit cette déclaration, seront contraints à payer à la fois la totalité des arrérages échus.

X. Les sommes provenant des arrérages de rentes foncières dues à la république et échus avant le 1er. vendémiaire an 12, seront appliquées au paiement des dettes des communes dans lesquelles sont situés les biens fonds grevés de ces rentes.

XI. Il est dérogé par le présent décret à tous arrêtés ou réglemens antérieurs publiés dans les quatre nouveaux départemens de la rive gauche du Rhin, en ce qu'ils y seraient contraires.

XII. Le ministre des finances est chargé de l'exécution du présent décret, qui sera imprimé pour les 4 départemens de la rive gauche du Rhin seulement.

*Bemerk.* In dem, durch ein besonderes Bulletin publicirten, so wie in den Präsektur-Akten des Roer-Departements pag. 110, abgedruckten, französischen Text des vorstehenden Dekretes sind folgende korruptirte, anstatt der oben verbesserten und bezeichneten Benennungen aufgeführt, nämlich. a) Erblehein, Erbverbeugung, Erblestand und Erbp-Facht; b) Ehrschatz; c) Theiterauben; d) Linus et Gull, e) Wassal, Laufhebhren und f) Scheffen weishun.

72. Im kaiserl. Pallaste zu Mainz den 9. Vendemiaire XIII (1. Octbr. 1804).

Napoleon Kaiser der Franzosen ic.

Behufs der Liquidation der Schulden in den vier Departementen des linken Rheinufers, soll ein zu Mainz residirender Staats-Rath ernannt werden, welcher unter Autorität des Finanz-Ministers, mit diesem in gleicher Verbindung wie der General-Liquidations-Commissar zu Paris stehen, und dem Ersteren am Schlusse jedes Monats, einen Status der, auf den Grund der geschehenen Liquidationen, ins große Buch der öffentlichen Schuld zu machenden Inscriptionen einreichen wird. Die Befugnisse des zu ernennenden Commissars, zu Verhandlungen mit den in dieser Angelegenheit interessirten Fürsten und Gliedern des deutschen Reiches, — sowohl rücksichtlich der Abforderung und Auslieferung der Schuld-Dokumente, als wegen der Grenzen und der nachzusuchenden Zahlungen von allgemeinen und besondern Schulden, weshalb er requirirt werden muß, als auch endlich wegen Ermittlung derjenigen Antheile von Schulden, welche entweder auf Frankreich, oder aber auf die Fürsten des rechten Rheinufers übergeben müssen —, werden festgesetzt, sodann auch bestimmt, wie die Liquidation und Eintragung ins große Buch der alten, und der noch festzustellenden schwebenden Schulden stattfinden müssen.

Die Grundsätze zur Theilung eines Theiles der Schulden der frühern Reichs-Städte Aachen und Cöln zwischen dem Staat und den Gemeinden werden bestimmt; sodann auch die Liquidirung und Eintheilung der Gemeinde-Schulden in alte und in neue Schulden festgesetzt; die Vertheilung der frühern Amts-Schulden auf die Gemeinden in den vormaligen Ämtern wird befohlen, und werden die Mittel zur Verzinsung und resp. zur Tilgung der Gemeinde-Schulden bezeichnet. (franz. Ges. Bull. s. Nr. 298).

73. Mainz den 9. Vendemiaire XIII (1. Octbr. 1804).

Napoleon, Kaiser der Franzosen, dekretirt, daß, und unter welchen Bedingungen, die Bewohner des linken Rheinufers befugt sein sollen, ihren auf dem rechten Rheinufer gewachsenen und dort gekelterten Wein einzuführen.

74. \* Au Palais de St. Cloud le 23. vendemiaire XIII (15. October 1804).

Napoléon, Empereur des français etc.  
Décrète :

Art. 1. Les lois des 3. Septembre 1792, 24. frimaire an 6 et 14. ventose an 7, relatives aux domaines engagés ou échangés et à la liquidation de l'arriéré de la dette publique, seront publiées dans les departemens de la Roer, de la Sarré, de Rhin et Moselle et du Mont-Tonnerre, pour y être exécutées selon leur forme et teneur etc.

Bemerk. Die vorbezeichneten drei Gesetze sind mit dem gegenwärtigen Decrete publicirt worden.

75. \* Au quartier général impérial de Strasbourg le 8. Vendemiaire XIV (30. September 1805).

Napoléon, Empereur des français etc.  
Nous avons décrété et décrétons ce qui suit :

Art. 1er. L'article 12 titre IX de la loi du 29. septembre 1791, (relative aux poursuites des delits forestiers,) dont les dispositions seront imprimées à la suite du présent décret, sera promulgué dans les departemens du Mont-Tonnerre, de Rhin et Moselle, de la Roer et de la Sarre, pour y être exécuté etc.

Bemerk. Der bezeichnete Artikel, welcher dem obigen Decrete beige druckt ist, lautet folgendermassen :

»Si dans une instance en réparation de délit  
»il s'éleve une question de propriété, la partie qui  
»en excipera sera tenue d'appeler le procureur-ge-  
»neral syndic du département de la situation des  
»bois, et de lui fournir copie des pieces dans la  
»huitaine du jour où elle aura proposé son excep-  
»tion, à défaut de quoi, il sera provisoirement  
»passé outre au jugement du delit, la question de  
»propriété demeurant réservée.«

76. Au Palais de St. Cloud le 18. août 1807.

Napoléon, Empereur des français etc.

Séance du 14. juillet 1807, Avis du Conseil d'Etat.

Le Conseil d'Etat qui, d'après le renvoi ordonné par Sa. Majesté, a entendu le rapport de la section des finances, sur celui du ministre de ce département, relatif aux redevances dues sur des biens-fonds concédés originairement à titre de Leibgewinn, dans les quatre départemens de la rive gauche du rhin, et sur la question de savoir si ces sortes de redevances sont comprises dans celles présumées foncières, par l'article premier du décret impérial du 9. vendemiaire en XIII;

Vu le décret susdaté, ensemble les observations de l'administration des domaines et les autres pièces jointes au rapport;

Considérant que la concession de fonds à titre de Leibgewinn est usitée depuis un tems immémorial dans les pays de la rive gauche du Rhin; et principalement dans les ci-devant provinces de Clèves, de Meurs et de la Mark.

Que ces fonds ayant toujours été considérés dans l'origine, comme biens allodiaux ou propres, que les bailleurs concédaient pour la vie seulement des preneurs, ainsi qu'il résulte de la définition même de ce mot donnée par les auteurs qui ont écrit le droit germanique et notamment par le glossaire de Scherz qui s'exprime ainsi:

Leibgewinn: Usus fructus ad dies vita: Praedia rustica sic plerumque conceduntur tō Leibgewinn ex ratione, ut de mortuo agricola ab ejus liberis nova domini concessio impetrari debeat;

Qu'en outre cette alodialité est attestée par deux certificats de la régence royale prussienne de Munster et de l'université de Duisbourg, des 26. fevrier et 27. mars 1805;

Que le détenteurs ou possesseurs des dits biens ne pouvaient les vendre ou échanger, ni même les gréver d'hypothèques, sans le consentement des bailleurs; que ces biens n'entraient pas dans l'ordre ordinaire des successions, puisque, pour la transmission de pere aux enfans, le même consentement du bailleur était absolument nécessaire;

Que de plus, ces mêmes biens ont toujours été considérés comme restant dans le domaine direct et utile du bailleur, et que les redevances provenant de leur concession étaient souvent désignées sous la dénomination de fermages;

Qu'on ne peut considérer les redevances dont il s'agit, comme dérivant généralement de la puissance féodale; puisqu'il est prouvé que tous les propriétaires indistinctement ont concédé leur biens aux mêmes titres et conditions;

Enfin que les dites redevances ont été souvent confondues sous la dénomination d'Erbpacht ou de Zinns; que ces dernières, qui provenaient de concession à titre héréditaire, ayant été réputées foncières et non seigneuriales par l'article 1er du décret impérial du 9. vendémiaire an XIII, celles provenant de concession à titre de Leibgewinn ou bail à vie, doivent à plus forte raison être rangées dans la même classe, puisque, indépendamment de la similitude qui existe entr'elles, ces dernières ont conservé d'une manière plus marquée, l'origine de leur nature et le signe de la propriété, en faveur des bailleurs de fonds,

Est d'Avis, 1mo que les redevances fixes, soit en argent, soit en nature, dues par les détenteurs actuels de biens concédés originairement à titre de Leibgewinn, doivent être comprises dans la Classe des redevances présumées foncières par l'art. 1er du décret impérial du 9. vendémiaire en XIII;

2do. Que, vu les circonstances et les doutes qui ont pu s'élever sur la nature de ces redevances, les redevables qui se conformeront, dans le délai de six mois, à compter de la publication du présent avis, aux dispositions de l'article 9 du décret impérial du 9 vendémiaire an XIII, doivent jouir de la faveur accordée par cet article pour le paiement des arrérages échus.

3tio et que le présent Avis doit être imprimé et publié dans les quatre départemens de la rive gauche du Rhin.

Pour extrait conforme, le secretaire gal.  
du Conseil d'Etat.

signé J. G. LOCRÉ.

Approuvé au Palais de St. Cloud le 18. août 1807.

signé NAPOLÉON etc. signé H. B. MARET.

77. Au Palais de Fontainebleau le 14. Novembre 1807.

Napoléon, Empereur des français etc.

Sur le rapport de notre Ministre de l'intérieur;

Notre Conseil d'Etat entendu;

Nous avons décrété et décrétons ce qui suit :

Art. I. Les terres-pleins, talus et bornes de toutes digues de bordage du Rhin, sur l'étendue du cours de ce fleuve, dans l'empire français, seront à la diligence des ingénieurs des ponts et chaussées, dégagées de toutes haies, buissons et arbustes, et ensémençées en herbes, propres à fournir un gazon bien fourni et touffu.

Les dépenses à faire pour cet objet, sur les parties qui le requerront, seront imputées sur les centimes des départemens, spécialement affectés à l'entretien de ces levées; ce travail s'effectuera par économie, il sera achevé le... —

II. On observera de laisser en nature de pré ou de gazon, au pied des talus des digues, une borne ou partie d'un mètre de largeur intérieurement, et de deux mètres à l'extérieur, lequel restera sans culture annuelle comme les digues, et sera limité par un rang ou haie de saules plantés en nid de canard.

III. Tout terrain vague de moins de douze mètres de largeur, compris entre l'extrémité de la borne intérieure de la digue et la rive du Rhin, sauf la largeur affectée au chemin de hallage, sera planté en saules et oseraies. Les plantations auront lieu à la diligence de l'administration forestière, sur les parties appartenant au domaine, à celle des maires sur les terrains communaux et par les particuliers sur leurs propriétés respectives.

Lorsque, dans l'année après la notification qui leur en aura été faite, les communes ou les propriétaires n'auront pas planté, l'administration forestière plantera, et les communes ou propriétaires en retard seront contraints au remboursement des frais de plantation, comme en matière de contributions publiques.

Les dispositions de notre décret impérial du 16. messidor an 13, seront applicables aux dites plantations.

IV. Les parties de digues, dont le sommet ou terre-plein forme chemin vicinal, seront entretenues et

annuellement rechargées en gravier par les communes intéressées.

V. Il sera dressé, avant le premier janvier 1808, dans chaque commune dont la banlieue aboutit à la rive du Rhin, à la diligence du maire, et concurremment avec l'ingénieur en chef des ponts et chaussées de l'arrondissement, un état disignatif comprenant la longueur, hauteur, largeur et surface de la portion de digue existante dans chaque banlieue, y compris les bornes. Dans cet état, seront expressement distinguées les parties qui traversent des terrains domaniaux, des terrains communaux ou des propriétés particulières, les noms des communes ou des particuliers propriétaires seront rapportés sur l'état, de manière à faire parfaitement connaître la propriété de chacun.

VI. Les parties des digues traversant des propriétés particulières, pour l'établissement des quelles les propriétaires justifieront avoir droit à une indemnité, seront acquises sur le fonds des digues, d'après la valeur du terrain avant la construction des digues.

Lors de l'estimation, les experts connaîtront s'il reste des terrains aux propriétaires à indemniser; et, dans le cas de l'affirmative, avant toute fixation de prix, il sera fait estimation de la plus valeur que les digues ont procurée à la propriété restante.

Si cette plus valeur excède la valeur du terrain occupé par la digue, il ne sera rien dû au propriétaire, dans le cas contraire, il recevra la somme dont la valeur du terrain occupé, excède la valeur du terrain qui lui reste. En cas de réclamation de quelques uns des propriétaires, il sera créé pour chaque département une commission, conformément au titre 10 de la loi du 16. septembre 1807, sur les defrichemens.

VII. Il sera procédé, dans chaque commune, avant le 1er avril 1808, à l'adjudication, par enchères publiques, des herbages que produit la partie des digues située dans sa banlieue. On pourra réunir plusieurs communes dans une même adjudication; les préfets statueront à cet égard. Le premier bail sera de deux années; les baux subséquens pourront être de 3, 6 ou 9 ans.

VIII. Le cahier des charges de ces fermages comprendra la condition expresse et de rigueur, de ne défricher ni mettre en aucune espèce de culture, le sommet, les talus et les bornes de la digue, et de n'y faire aucune plantation de haies vives, arbres ou arbustes et de n'y laisser paître aucun bétail.

IX. Le produit de ces baux ou fermages sera versé dans la caisse du receveur général, pour en être disposé de la même manière que de l'impôt local de chaque département, spécialement affecté à la construction et réparation des digues; il sera néanmoins tenu un chapitre distinct en recette seulement du montant des-dits fermages.

X. Il sera établi des gardes digues, dont le salaire annuel ne pourra excéder 450 francs; il sera accordé des gratifications à ceux qui se distingueront par un travail extraordinaire.

XI. Leurs fonctions ne s'étendront pas au-delà d'un myriamètre de longueur développée; leur salaire sera prélevé sur le fonds commun, restant du produit des herbages et de l'impôt local des digues.

XII. Les gardes digues seront nommés par le préfet du département sur la présentation du maire et l'avis de l'ingénieur en chef; ils seront choisis parmi les hommes domiciliés dans les communes riveraines, âgés de 30 ans et n'en ayant pas plus de 40, sachant lire et écrire, et ayant quelque connaissance de la pose des fascines; ils seront assermentés, conformément à la loi du 29. floréal an 10.

XIII. Ils seront vêtus d'une veste bleue à manches, avec une plaque de métal sur le bras, portant l'aigle impériale, et pour inscription: Gardes des Digues du Rhin.

XIV. Les fonctions des gardes digues seront de veiller à la conservation des levées ou digues de bordage du Rhin, comprises dans les cantons qui leur seront respectivement assignés, de réparer en terres franches, tassement ou arrachement de talus; d'entretenir le bombement du terre-plein, de fermer les renards ou taupinières, d'arracher les buissons, combler les ravins, etc.



XV. Indépendamment du compte qu'ils rendront de l'état des digues situées dans leurs cantonnemens, aux conducteurs attachés au service de la navigation, lors de la tournée que les dits conducteurs seront tenus de faire tous les mois régulièrement, ces gardes, pendant la durée des crues du Rhin, informeront journellement les maires des communes comprises dans leur district, de la hausse et baisse des eaux, leur désignant les parties de digues menacées ou entamées, et en cas d'insuffisance, pour prévenir eux-mêmes quelques dégradations majeures, ils pourront les requérir de leur fournir sur-le-champ le nombre d'ouvriers nécessaires, dont le salaire sera acquitté sur l'impôt local du département, d'après l'état qui en sera dressé par le conducteur, vu et vérifié par l'ingénieur de l'arrondissement.

XVI. Les-dits gardes seront tenus de réparer, au moins provisoirement, les dégradations qu'une crue subite pourroit occasionner aux épis de barrage, bordage ou éperon, situés dans l'étendue de leur cantonnement, et même d'en rétablir les clayonnages supérieurs.

XVII. A cet effet, les conducteurs et ingénieurs veilleront à ce qu'il y ait toujours, à proximité de ces ouvrages, un dépôt de fascines, piquets et clayons; les gardes seront toujours munis des outils nécessaires au travail dont ils sont chargés, tels que pelles, pioches, haches, maillet et brouette, qu'ils seront tenus de se procurer à leurs frais.

XVIII. Ils dresseront des procès-verbaux détaillés de toutes les dégradations qui auront lieu sur le fait des propriétaires riverains, navigateurs ou tous autres, lesquels seront, par l'intermédiaire de l'ingénieur en chef, transmis au préfet du département, pour les contrevenans être traduits devant le conseil de préfecture, conformément à la loi du 29. floréal an 10, et punis conformément à la dite loi.

XIX. Le produit des amendes prononcées contre les délinquans, sera versé dans la caisse du receveur général du département, pour être affecté aux dépenses ci-dessus indiquées. Le préfet pourra néanmoins disposer du quart des amendes, en faveur de ceux dont les procès-verbaux auront donné lieu à la condamnation.

XX. Les gardes des digues seront sous les ordres immédiats des conducteurs et ingénieurs des ponts et chaussées, et ne pourront, sous aucun prétexte, être distraits du service auquel ils sont exclusivement attachés.

L'inspecteur divisionnaire et l'ingénieur en chef pourront, pour cause d'incapacité, de négligence ou d'insubordination, provoquer leur destitution, qui sera prononcée par le préfet du département.

XXI. Notre ministre de l'intérieur est chargé de l'exécution du présent décret.

78. Im kaiserl. Pallast der Thuilerien den 21. Jan. 1808.

Napoleon, Kaiser der Franzosen ic.

Auf den Beschluß des Erhaltungssensats wird verordnet: Die Städte Kehl, Cassel, Wesel und Flissingen nebst ihren Gebieten (Dépendances) sind mit dem Territorium des französischen Reiches vereinigt, und soll Kehl zum Departement vom Nieder-Rhein, Cassel zu jenem vom Donnersberge, Wesel zum Roer-Departement und Flissingen zum Schelde-Departement gehören.

79. Bayonne le 24. juin 1803.

Napoléon, Empereur des français etc.

Sur le rapport de notre ministre des finances;

Vu l'avis de notre Conseil d'Etat, du 14. juillet 1807, approuvé par nous le 18 août suivant, relatif aux redevances créées à titre de Leibgewinn, dans les quatre nouveaux departemens de la rive gauche du Rhin.

Vu pareillement la loi du 21. nivose an VIII, relative au rachat des rentes appartenant à l'Etat;

Notre Conseil d'Etat entendu,

Nous avons décrété et décrétons ce qui suit:

Art. 1. Les debiteurs des redevances connues sous la dénomination de leibgewinn, dans les quatre nouveaux departemens de la rive gauche du Rhin, seront

seuls admis pendant trois mois, à compter de la publication du présent décret, à faire le rachat direct des dites redevances, à raison de quinze fois la rente, ainsi qu'il est prescrit par l'article premier de la loi du 21. nivose an VIII.

Art. 2. Il sera, à cet effet, tenu des registres de soumission et de liquidation dans les bureaux de l'enregistrement et des domaines, dans l'arrondissement des quels les dites redevances sont dues.

Aucune Rente ne pourra être rachetée que sur la liquidation faite par le receveur de l'enregistrement et des domaines et approuvée par le directeur.

Art. 3. Le prix des rachats devra être acquitté en rescriptions negociées par la caisse d'amortissement, et en trois payemens égaux, de mois en mois, à partir du jour de la liquidation: il sera versé à la caisse d'amortissement, ou entre les mains de ses préposés.

Les debiteurs directs qui feront le rachat pendant le délai à eux accordé par l'article 1er. ci-dessus, obtiendront une remise de cinq pour cent, sur la totalité de leur liquidation.

Art. 4. Les arrérages des redevances de leibgewinn, dus sur les années antérieures à l'an XII, sont appliqués au paiement des dettes des communes dans lesquelles sont situés les biens concédés à titre de leibgewinn, conformément à ce qui a été prescrit par notre décret du 9. vendemiaire an XIII; et les dits arrérages seront, en consequence, acquittés dans les delais prescrits par le décret.

Quant aux arrérages de l'an XII et années postérieures, qui appartiennent au trésor public, ils sont exigibles et devront être payés lors du rachat, en même-temps que le capital.

Art. 5. Pour opérer la liquidation des arrérages échus, et celle du capital des rentes leibgewinn, payables en nature, on prendra pour base le prix commun des mercuriales des trois dernières années.

Art. 6. Les redevables de leibgewinn pourront exercer sur les arrérages la retenue des contributions, si l'exemption n'en a pas été stipulée dans les actes de concession.

Art. 7. Passé le délai de trois mois, énoncé dans l'art. 1er, les redevances leibgewinn pourront être aliénées indistinctement à tous les acquereurs qui se présenteront et au même taux de quinze fois la rente, prescrit par l'article 1er de la loi du 21. nivose an VIII.

Art. 8. Notre ministre des finances est chargé de l'exécution du présent décret, qui sera imprimé et publié dans les quatre départements de la rive gauche du Rhin.

80. Im Pallast der Thuilerien den 16. Novbr. 1809.

Napoleon, Kaiser der Franzosen u.

Errichtung eines Bettler-Depots für das Roer-Departement, in den Gebäuden und Pertinenzien der Abtei Brauweiler, welche binnen der kürzesten Frist zur Aufnahme von 500 Bettler beiderlei Geschlechtes eingerichtet werden sollen. Zur Deckung der Einrichtungs-, Reparatur- und Baukosten, so wie zur Bestreitung der Ausgaben für Mobilien-Anschaffungen und der Administrationskosten während der zweiten Hälfte des Jahres 1810, werden 350,000 Franken bestimmt, welche folgendermaßen aufzubringen sind; nämlich: 70,000 Fr. (im Verhältniß zur Gesamtsumme) aus denjenigen Geldern, welche die Gemeinden des Departements als Ueberschüsse ihrer Einnahmen in der Amortisations-Kasse deponirt haben; 100,000 Fr. (nach einer festgesetzten Repartition) aus den Gemeinde-Einkünften der Jahre 1809 und 1810; 40,000 Fr. aus den Departemental-Fonds der Jahre 1809 u. 1810; 20,000 Fr. aus den Einkünften pro 1809 u. 1810 der im Departement vorhandenen Hospicien und Wohlthätigkeits-Anstalten und 120,000 Fr., welche von dem öffentlichen Schatze aus dem speciellen Armen-Fonds entrichtet werden sollen.

Zur Bestreitung der gewöhnlichen und außerordentlichen innern Verwaltungs-Kosten sollen, vom Jahre 1811 anfangend, jährlich 110,000 F. aufgebracht, und diese dergestalt vertheilt werden, daß aus den Einkünften der Gemeinden des Departements 60,000 Fr., aus der Einnahme der Hospicien und Wohlthätigkeits-Anstalten 20,000 Fr. und aus den Departemental-Fonds 30,000 Fr. beigetragen werden.

Der nach Bestreitung der Ausgaben etwa bleibende Ueberschuß, soll zur Bervollständigung der Mobilarschaft verwendet, und der dann noch bleibende Bestand, jährlich mit dem durch die Arbeiten der Bettler erhaltenen Gewinn zu einem Reserve-Fonds vereinigt werden, der dazu bestimmt ist, den armen Einwohnern in nahrungslosen Zeiten, so wie bei Hagelschlag, Brandschaden und Ueberschwemmung, Unterstützung, mittelst Lohnarbeiten, Vorräthen und Getreide zu gewähren.

Die Anstalt wird in Gemäßheit eines vorläufigen Reglements, u. bis zu dessen definitiver Feststellung, verwaltet.

Jeder Arme im Departement ist verpflichtet, während der, in Pesterm zu bewirkenden, dreimaligen Publikation des kais. Dekretes vom 5. Juli 1808 sein Gesuch um Aufnahme ins Bettler-Depot dem Unterpräfekten seines Bezirkes vorzutragen; nach stattgefunder dritter Verkündung des vorbezeichneten Dekrets, soll jeder im Departement betroffen werdende Bettler verhaftet, ins Bezirks-Gefängniß abgeführt und von dort ins Bettler-Depot abgeliefert werden. Jeder dergestalt ins Depot gebrachte Bettler, muß daselbst, auf den Grund einer, die stattgefundene Bettelei konstatirenden Entscheidung, des Unterpräfekten eingetragen, und so lange, wenigstens während eines Jahres, aufbehalten werden, bis er die Geschicklichkeit zu eigenem Broderwerb erworben hat.

Rücksichtlich der vagabundirenden Bettler, sollen überdies, die Bestimmungen des vorbezeichneten kais. Dekretes vom 5. Juli 1808 vollzogen werden.

### 81. Au Palais des Tuileries le 6. août 1810.

Napoléon, Empereur des français etc.

Sur le rapport de notre ministre des finances;

Vu notre décret du 26. avril 1808 (franz. Gesetz-Bulletin s. Nro. 3296), relatif au mode d'évaluation des rentes et baux stipulés payables en nature, et notre décret du 24. juin même année (Nr. 79 d. 3.), concernant le rachat des rentes créées à titre de leibgewinn dans les départemens de la rive gauche du Rhin;

Vu le tableau, présenté par notre ministre des finances, du prix commun des blés, d'après les mercuriales

des dix années ou des trois dernières années seulement, duquel il résulte que le prix se trouve beaucoup plus élevé en le prenant sur les trois dernières années;

Considérant que, pendant les trois dernières années, le prix des grains a éprouvé une augmentation extraordinaire dans les quatre départemens de la rive gauche du Rhin, en raison de la faculté par nous accordée d'en faire l'exportation; que cependant notre desir avait été de faciliter aux débiteurs de rentes, dans ces départemens, leur libération des arrérages échus et le remboursement des capitaux, mais que les dispositions de nos décrets du 26. avril 1808 et 24. juin même année produiraient un effet contraire à nos intentions;

Notre Conseil d'Etat entendu,

Nous avons décrété et décrétons ce qui suit :

Art. 1. A dater du présent décret, les dispositions contenues dans notre décret du 26. avril 1808, relatif au mode d'évaluation des rentes et baux stipulés payables en nature, ne seront point applicables au rachat de redevances créées à titre de leibgewinn dans les quatre départemens de la rive gauche du Rhin: en conséquence, la liquidation des arrérages échus et du capital des dites rentes, dans ces départemens, aura pour base le prix commun des mercuriales de dix années, au lieu de celui des trois dernières années prescrit par l'article 5 de notre décret imperial du 24 juin 1808.

Art. 2. Le délai de trois mois accordé par l'article 1er du même décret, aux débiteurs de ces rentes, pour en faire le rachat direct, avec remise de cinq pour cent, autorisé par l'article 3, ne courra que du jour de la publication du présent décret.

Art. 3. Les rachats et les transferts de rentes leibgewinn, qui auraient été consommés d'après les bases déterminés par notre décret du 24. juin, sont maintenus, sans préjudice des erreurs qui pourraient avoir été commises dans leur liquidation.

Art. 4. Toutes les autres dispositions de notre décret du 24. juin 1808, qui ne sont pas contraires aux articles ci-dessus, sont maintenues, et recevront leur entière exécution.

Art. 5. Notre ministre des finances est chargé de l'exécution de notre présent décret, qui sera imprimé, et publié dans les quatre departemens de la rive gauche du Rhin.

82. Im kaiserl. Pallast der Thuilerien den 14. Decbr. 1810.

Napoleon, Kaiser der Franzosen ic.

Auf den Beschluß des Erhaltungssenesates vom 13. d. M. wird verordnet:

1. Holland, die Hanse-Städte, das Lauenburgische und diejenigen Gebiete, welche zwischen der Nordsee und einer Linie gelegen sind, so von dem Zusammenfluß der Lippe und des Rheines bis nach Haltern, von Haltern bis zur Ems oberhalb Telgte, von der Ems bis zum Zusammenfluß der Werra und Weser, und von Stolzenau an der Weser bis zur Elbe oberhalb des Einflusses der Stecknitz, zu ziehen ist, sind integrierende Theile des französischen Reiches.

2. Die genannten Länder bilden zehn Departemente, nämlich: der Zündersee, der Maass-Mündungen, der Ober-Iffel, der Iffel-Mündungen, von Friesland, der westlichen Ems, der östlichen Ems, der Ober-Ems, der Weser-Mündungen und der Elbe-Mündungen.

3. Diese Departemente werden jedes, in vorbemerckter Ordnung, 5, 4, 3, 2, 2, 2, 2, 4, 3 und resp. 4 Deputirte beim Gesetzgebungs-Körper haben, sie werden im Jahr 1811 ernannt und in demjenigen Jahre erneuert werden, zu welchem die Serie des Gesetzgebungs-Körpers gehört, der sie zugetheilt sind; und sollen die Departemente der Maass-Mündungen und der westlichen Ems zur ersten Serie, jene von Friesland und der Ober-Ems zur zweiten Serie, jene der Zündersee und der östlichen Ems zur dritten Serie, jene der Iffel-Mündungen und der Elbe-Mündungen zur vierten Serie und jene der Ober-Iffel und der Weser-Mündungen zur fünften Serie des Gesetzgebungs-Körpers gehören.

4. Zwei kaiserl. Gerichtshöfe sollen, einer im Haag für die Departemente der Zündersee, der Maass-Mündungen, der Ober-Iffel, der Iffel-Mündungen, von Friesland und der westlichen Ems; der andre zu Hamburg für die Departemente der östlichen Ems, der Ober-Ems, der Weser-Mündungen und der Elbe-Mündungen errichtet, und

5. zwei Senatorien gebildet werden, eine jede in den

jenigen Departementen, welche die beiden Bezirke der vorbemerkten Gerichtshöfe ausmachen.

6. Amsterdam, Rotterdam, Hamburg, Bremen und Lübeck sind unter die Zahl der guten Städte aufgenommen, deren Maires bei dem Eide des Kaisers zur Zeit seiner Thronfolge gegenwärtig sein werden.

7. Die Verbindung mit dem Baltischen Meere soll durch einen Kanal bewirkt werden, der von jenem zwischen Hamburg und Lübeck ausgehend, von der Elbe zur Weser, von dieser zur Ems und von der Ems zum Rheine führen wird.

Bemerk. Die in Folge dieses Senatus-Consults stattgefundene specielle Grenzcheidung zwischen Frankreich und dem Großherzogthum Berg, ist von den dazu ernannten Commissarien am 22. Februar 1811 regulirt und großherzogl. berg. Seits am 8. Juni ej. a. publicirt worden.

83. Im Pallaste der Thuilerien den 11. Jan. 1811.

Napoleon, Kaiser der Franzosen etc.

Kaiserliches Dekret, welches die Verwaltung und Unterhaltung der Polders regulirt.

Bemerk. Aus dem vorstehenden, größtentheils das Deichwesen an den Meeres-Ufern und an den Mündungen der Flüsse betreffenden Dekrete, sind die auch auf andre Flußdeiche anwendbaren gesetzlichen Bestimmungen nachstehend extrahirt.

### Titre III.

de l'administration et de la Conservation des Polders.

#### Section Ire.

de l'association des intéressés à chaque Polder.

Art. 29. Chaque Polder aura une association pour sa conservation et son administration particulière.

Art. 30. Les règles de l'association seront arrêtées par le maître des requêtes, présentées à notre approbation comme reglement d'administration publique, sur les avis du préfet, de notre directeur général des ponts et chaussées et sur le rapport de notre ministre de l'intérieur.



à chaque règlement sera jointe une carte figurative et délimitative du polder.

## Section II.

De la réunion de plusieurs polders en association d'arrondissement.

Art. 31. Les polders qui auront entre eux des intérêts communs, seront formés en association pour leur défense mutuelle.

Art. 32. Chaque polder sera considéré, dans l'association, comme un individu; toutes les propriétés de chaque polder seront solidaires entre-elles.

Art. 33. L'étendue de chaque arrondissement de polder déterminée par une carte, les règles constitutives de l'association, la division des polders en classes, la proportion de la contribution de chaque classe, en raison de l'intérêt qu'ils ont à la défense des polders calamiteux, seront fixées sur la proposition du maître des requêtes, par un règlement d'administration publique, comme il est dit à l'article 30.

## Titre IV.

Des Travaux et du mode d'exécution.

Art. 34. Les Travaux de simple entretien seront exécutés par les associations particulières des polders.

Art. 35. Toutes les fois qu'il s'agira de travaux s'exécutant au moyen du concours des polders d'un arrondissement, les projets, les devis et détails seront rédigés par les ingénieurs et les adjudications passées par les préfets en conseil de préfecture, dans les formes adoptées pour l'administration des ponts et chaussées.

Art. 36. Les ingénieurs des ponts et chaussées seront chargés de la rédaction des projets des travaux d'art, tel que construction d'écluses ou de nouvelles digues, et tous autres qui tendraient à changer les moyens de défense du polder. Lorsque les travaux devront être payés sur les fonds d'une seule association particulière, l'exécution lui en sera confiée; mais ces travaux seront soumis à la surveillance, à l'examen et à la réception des ingénieurs des ponts et chaussées.

Art. 37. Il sera prononcé administrativement sur toutes difficultés entre particuliers ou associations de polders, relatives aux travaux de construction, réparation ou entretien de digues et canaux d'écoulement, lesquels seront considérés comme travaux publics, aux termes de la loi du 28. pluviöse au VIII.

### Titre V.

#### Magasins de secours.

Art. 38. Il sera formé, par tout où besoin sera, et au compte des arrondissemens, des magasins et dépôts de secours, lesquels contiendront des approvisionnemens en outils et matériaux nécessaires dans les cas de dangers imminens.

Art. 39. Il ne pourra être rien délivré des magasins de secours que par récépissés, et à la charge par les propriétaires, de remettre la valeur en argent ou en nature, des objets qu'ils y auront empruntés, pour être de suite remplacés aussitôt que le péril sera passé.

### Titre VI.

#### Dispositions générales et spéciales.

Art. 40. Le maître des requêtes, après avoir examiné les dispositions des réglemens usités, qui ont eu pour but de prévenir ou réprimer les délits de dégradations ou vols de bois et de fascinage, commis sur les digues, donnera son avis sur les dispositions des-dites ordonnances qu'il croirait convenable de renouveler, pour en former un réglement général de police des polders.

Il sera ensuite statué par nous, en notre Conseil, sur le rapport de notre ministre de l'intérieur.

Art. 42. Toutes les questions entre les particuliers ou entre les associations de polders, touchant la propriété, seront portées devant les tribunaux ordinaires.

---

84. Im Pallaste zu St. Cloud den 28. April 1811.

Napoleon, Kaiser der Franzosen etc.

Auf den Beschluß des Erhaltungssenesates vom 27. d. M.,  
wird verordnet:

1. Die von dem Departemente der Ober-Iffel abzulösenden zwei Bezirke, Rees und Münster, und die von den Departementen der Iffel-Mündungen und der östlichen Ems zu trennenden zwei Bezirke Steinfurt und Newhausen, sollen ein neues Departement unter dem Namen von der Lippe den, dessen Hauptort Münster ist.

2. Das Lippe-Departement wird zwei Deputirte im Gesetzgebungskörper haben, deren einer von den, fürs Departement der Ober-Iffel bereits ernannten, zum Lippe-Departement übergeht, und soll der zweite im Jahre 1811 ernannt werden. Die Erneuerung beider Deputirten, wird in dem Jahre geschehen, welchem die fünfte Serie angehört, und in welche das Lippe-Departement placirt ist.

3. Letteres gehört zum Bezirke des kaiserl. Gerichtshofes zu Lüttich.

85. Au Palais des Tuileries le 16. decembre 1811.

Napoléon, Empereur des français etc.

Sur le rapport de notre ministre de l'intérieur:

Notre Conseil d'état entendu,

Nous avons décrété et décrétons ce qui suit:

Art. 1er. La surface des digues sera entretenue de manière qu'elle soit unie et solide dans toutes ses parties; que la végétation soit favorisée, et que le gazon qui la recouvre soit conservé.

2. Les fouilles et les trous faits par des particuliers dans le corps d'une digue extérieure, seront punis par une amende de 25 francs.

3. L'amende sera double si ces dégradations ont lieu la nuit.

Les dégradations qui auraient été faites au talus extérieur, de jour ou de nuit, seront, en outre de cette double amende, punies d'une détention qui ne

pourra être de moins de trois jours, et de plus d'un mois.

4. Les arbres existans sur les digues, et les haies de clôture qui s'y trouvent, seront arrachés par les propriétaires avant les tournées périodiques de la direction, qui fera arracher et extirper tout ce qu'elle trouvera de semblable dans chaque inspection.

Les propriétaires en retard, ou leurs fermiers, paieront à la caisse du polder une amende équivalente au double des frais de cette main-d'oeuvre. Le Préfet réglera et rendra exécutoire l'état de ces frais.

5. Toute plantation ultérieure d'arbres ou de haies sera punie d'une amende d'un franc par arbre ou par mètre courant de haie, outre les frais d'arrachement et ceux de réparation des parties plantées.

6. Les rampes établies sur les talus des digues, dans des endroits destinés au passage des hommes et des voitures, devront former saillie sur le corps de la digue.

Il ne pourra en être établi de nouvelles qu'avec la permission écrite de la direction du polder, et au moyen de remblais.

Toute contravention au présent article sera punie d'une amende de 20 francs pour les rampes ayant moins d'une mètre de large, et 50 francs pour celles qui auraient une largeur d'un mètre et au-dessus.

7. Toute construction existant dans les corps d'une digue extérieure, sera détruite, et la digue convenablement réparée aux frais des propriétaires, à moins qu'elle ne puisse être suffisamment renforcée par les mêmes propriétaires.

S'ils négligent d'exécuter à cet égard les ordres de la direction, l'ouvrage sera exécuté à leur frais, et ils seront en outre punis d'une amende de 50 frans.

8. Toute digue extérieure servant de chemin vicinal, sera appropriée à cet usage, aux frais du polder; et son terre-plein convenablement rechargé de sable, gravier ou autres matériaux semblables, sera bordé intérieurement d'un bourlet ou épaulement de 50 centimètres au moins d'élévation.

Le passage des voitures, chevaux et bestiaux sur les autres digues extérieures, donnera lieu à une amende de 6 francs pour une voiture, de 2 francs pour un cheval, et d'un franc pour une bête à corne.

9. Le propriétaire d'un cochon trouvé sur la digue paiera une amende de 12 francs, outre le double des frais de réparation du dommage. En cas de récidive, il y aura lieu à saisir et vendre le cochon au profit du polder.

10. Les oies trouvées sur la digue pourront être tuées par le garde-digue.

11. Il est défendu à tous autres qu'aux membres des directions, aux agens de ponts-et-chaussées et aux ouvriers en activité, de marcher sur le paillasonnage des digues, ainsi que sur les risbernes et revêtemens de leur talus extérieur, sous peine d'une amende de 3 francs.

12. Le propriétaire d'une barque amarrée, ancrée ou échouée à dessein sur le talus extérieur d'une digue ou sur un ouvrage de défense, paiera une amende de 10 francs, et le double des frais de réparations, si la digue ou l'ouvrage se trouvait dégradé.

13. La pêche et la recherche des coquillages et du bois, avec instrumens quelconques, à pied ou en bateau, sont défendus devant le pied extérieur des digues et sur les ouvrages avancées, sous peine de 3 francs d'amende et vingt-quatre heures de détention, outre la confiscation des barques et instrumens employés à cette pêche et recherche.

14. Les roseaux ne pourront être enlevés des alluvions avant le 1er. mars de chaque année, sous peine de 6 francs d'amende par cent bottes.

Le vol de souches et plantards dans les oseraies sera puni d'une amende de 5 francs par souche ou fagot, et d'un jour de détention.

15. Il est défendu de ramasser le bois mort et la paille ou le roseau sur les digues, sous peine de 3 francs d'amende et 24 heures de détention.

16. Le vol des matériaux déposés sur les digues ou existant dans les magasins d'approvisionnement, sera

puni d'une amende triple de la valeur, et d'un emprisonnement de trois jours.

17. Le vol des matériaux employés aux ouvrages de défense et en faisant partie, sera puni d'une amende de 10 francs au moins, et de 50 francs au plus, et d'un emprisonnement qui ne pourra être moindre de trois jours, ni excéder un mois, outre la réparation du dommage.

Les peines portées au présent article et aux articles 13 et 14 s'appliqueront également à ceux qui auraient acheté ou recélé ces matériaux.

18. Les digues extérieures ne pourront être pâturées sans l'autorisation expresse et motivée de la direction.

La pâture en est défendue sans exception, depuis le 1. novembre jusqu'au 1. avril. Toute contravention au présent article sera punie d'une amende de 30 francs.

#### Dunes.

19. Aucune fouille ne pourra être faite dans les dunes de mer, sans la permission écrite de la direction du polder et l'autorisation du Préfet, avec désignation précise de l'endroit où la fouille sera permise.

Les fouilles et les enlèvements de sable, non autorisés, seront punis d'une amende de 3 francs.

20. Il est défendu de couper ou arracher aucune herbe ni broussaille dans les dunes de mer, et d'enlever les pailles et autres matériaux employés pour favoriser leur accroissement, sous peine d'une amende de 6 francs, outre les frais de réparation.

21. Nul ne pourra faire paître des bestiaux dans les dunes sans une autorisation de la direction.

Ceux qui y seront trouvés en contravention au présent article ou sans berger, donneront lieu à une amende de 2 francs par bête à corne, et 50 centimes par mouton. L'amende sera de 6 francs pour un cheval.

#### *Intérieur des polders, et moyens d'écoulement.*

22. Les fouilles dans l'intérieur seront défendues à moins de 20 mètres du pied des digues, sous peine

de 20 francs d'amende pour chaque contravention, outre les frais de réparation.

23. Toute dégradation d'une digue intérieure sera punie de la même peine.

24. Les digues intérieures devront conserver leurs dimensions et être maintenues en bon état.

En conséquence, aucune plantation ne pourra y être faite, aucun chemin ou Passage de voiture ne pourra y être établi dorénavant, sans la permission écrite de la direction, autorisée par le maître de requêtes.

Toute contravention au présent article sera punie d'une amende de 20 francs, outre les frais de réparation.

25. Il est défendu d'établir de moulins à vent sur les digues et à moins de 50 mètres de leur sommet; les réglemens de police existant à l'égard de ceux placés sur les digues servant de chemin, continueront d'avoir leur exécution.

26. Les canaux et rigoles servant à l'écoulement des eaux intérieures des polders, devront être maintenus à la largeur et profondeur requises, et être curés deux fois l'année.

Leur état sera vérifié dans deux tournées d'inspection que la direction fera, la première en mai et la seconde en octobre, et qu'elle annoncera quinze jours d'avance par une publication.

Tout propriétaire ou fermier qui sera trouvé en défaut sous ce rapport lors de l'inspection, paiera une amende de deux fois la valeur de l'ouvrage que la direction fera faire d'office.

27. Il est défendu de barrer les canaux et rigoles d'écoulement, et d'en obstruer le cours, sous peine d'une amende de 5 francs, et du double des frais d'enlèvement et de réparation exécutés comme à l'article précédent.

28. La disposition de l'article précédent s'appliquera à l'établissement non autorisé de ponts et pontceaux sur les canaux et rigoles susdits, ainsi qu'aux plantations existant sur leur bord.

29. Il est défendu de faire rouir du chanvre ou du lin dans les canaux et fossés, sous peine de 20 francs d'amende; et en cas de récidive, le chanvre ou le lin sera confisqué en sus de l'amende.

30. Il ne pourra être déposé d'herbes ou de fumier plus près qu'à quatre mètres de leurs bords.

Les contrevenans au présent article seront punis d'une amende de 10 francs, outre les frais du curage, s'il y a lieu.

31. Le passage des voitures, chevaux et bestiaux à travers les canaux et rigoles d'écoulement, est interdit, et sera puni d'une amende de 3 francs, outre les frais de la réparation.

Il ne pourra être établi d'abreuvoirs qu'à cinq mètres au moins de leurs bords; l'infraction de cette prohibition entrainera une amende de 6 fr., et les choses seront rétablies en leur premier état, aux frais du propriétaire ou fermier qui l'aura enfreinte.

32. Il est défendu de placer dans les canaux, rigoles et écluses d'écoulement, aucun instrument de pêche, à peine de confiscation et d'une amende de 10 fr., qui sera double en cas de récidive; la même amende sera payée par les propriétaires de barques stationnées dans les cours d'eau, et de celles qui resteraient plus longtems que l'espace d'une marée dans le chenal extérieur des écluses de suation à la mer.

33. Quiconque aura dégradé ou endommagé dans une des ses parties une écluse de décharge, sera condamné à une amende de 100 francs, outre la réparation à ses frais, et les dédommagemens auxquels les suites du délit pourraient donner lieu.

34. Celui qui se permettra d'ouvrir ou de fermer de son chef une écluse de décharge ou de suation, encourra la même amende et même la detention, dans le cas où le recouvrement des dommages et intérêts serait impossible.

*Momens de danger.*

35. Lorsqu'une marée, ou une crue extraordinaire et accompagnée de circonstances qui peuvent ame-



ner une rupture ou le débordement de la digue, exigera le concours d'un grand nombre de bras pour la défendre, tous les habitans du polder, au dessus de dix huit ans, avertis par le son du tocsin, seront tenus de se rendre sur les points qui seront indiqués tous les ans par une publication du maire.

Le refus d'obéir à cet appel sera puni d'une amende égale au prix de deux journées de travail; et après un avertissement que le maire fera donner, sur l'invitation de la direction, de quatre jours de prison en sus de l'amende.

36. Lorsque dans ces momens la direction aura commandée des travailleurs et des voitures attelées qui devaient se rendre aux points menacés, chaque heure de retard sera punie d'une amende de 2 fr. pour un homme, et de 6 fr. pour une voiture.

37. Un travailleur qui refusera dans ce cas d'exécuter les ordres de la direction encourra une amende de 10 fr., et en outre, il sera puni de cinq jours de détention, s'il excite d'autres travailleurs à l'insubordination.

38. Lorsqu'après avoir épuisé les ressources des polders et des magasins de secours disponibles sur un point menacé, la direction manquera des matériaux nécessaires pour prévenir une rupture ou un débordement, elle pourra sauf remboursement, après la cessation du danger, des objets enlevés, et indemnité du dommage causé par leur enlèvement, s'emparer de tout ce qui existera en piquets, fascines et paille dans les environs de la digue, dut elle même faire enlever le chaume des maisons et les chevrons de leur toiture.

39. Le vol des matériaux et des outils, dans ces momens, sera puni d'une amende égale à la décuple valeur, et d'un emprisonnement qui ne pourra être moindre d'un mois ni excéder deux ans.

40. Tout particulier qui, dans les grandes crues ou marées extraordinaires, percera une digue de défense par une tranchée ou autrement, dans le dessein prémédité de causer l'inondation d'un ou plusieurs polders, sera renvoyé devant nos Cours impériales, pour être condamné aux peines décernées par l'article 91 de

notre code criminel contre ceux qui tendent à troubler l'état par la dévastation, le massacre ou le pillage d'une ou plusieurs communes.

#### *Tourbières.*

41. Dans le polder, et dans les terrains adjacens dont le sol n'est pas plus élevé que celui du polder, il ne pourra être entrepris d'extraction de tourbes qu'en vertu d'une permission délivrée suivant les formalités ci-après prescrites.

Toute contravention au présent article sera punie d'une amende de 50 francs par are de terrain tourbé.

42. La demande de permission, adressée au Préfet, sera par lui communiquée à notre maître des requêtes directeur général des polders, avec son avis, et l'affiche ordonnée dans la commune où l'extraction doit avoir lieu.

43. Le maître des requêtes, après avoir consulté les directions des polders intéressés et pris l'avis tant de l'ingénieur des mines que de l'ingénieur des ponts et chaussées, enverra la demande de permission au directeur général des ponts et chaussées, qui statuera.

44. Si le terrain qui doit être tourbé n'est pas susceptible d'être rendu à l'agriculture, sans épuisement artificiel après l'extraction de la couche reconnue par les sondes qui auront été faites, il y aura lieu à un cautionnement stipulé par la permission délivrée en vertu de l'article précédent.

45. Le cautionnement devra être hypothéqué sur des terres de polder du même arrondissement, au profit de celui où l'extraction aura lieu, et être calculé à raison de 2000 francs par hectare destiné à être tourbé.

46. Les inscriptions nécessaires seront prises et renouvelées à la diligence du dykgraaff du polder, et la radiation n'en pourra être obtenue que sur l'autorisation du maître des requêtes, après parfait desèchement, et sur l'avis de l'ingénieur des ponts et chaussées, à l'appui d'un procès verbal constatant l'efficacité des moyens employés et la durée qu'ils promettent.

*Dispositions générales.*

47. Dans tous les cas prévus par le présent règlement, les parens sont responsables pour leurs enfans, et les maîtres pour leurs domestiques.

48. Les dispositions des articles 222 et suivans du Code pénal seront applicables à tous manquement, injure ou outrage envers les membres des directions, dykgraafs et jurés en fonctions.

49. Les délits prévus par le présent règlement général seront constatés et les délinquans arrêtés, s'il y a lieu, par les gardes-champêtres, concurremment avec les gardes-digues, ainsi que par tous les officiers de police judiciaire et administrative, et celui qui aura constaté un délit, aura droit à la part d'amende accordée aux gardes digues par les réglemens d'organisation des polders: ils la recevront sur le même pied et de la même manière.

50. Les délits de voierie seront portés devant les conseils de Préfecture, selon la loi du 29 floréal an 10; les autres délits devant les tribunaux correctionnels ou nos Cours Impériales, selon leur nature.

51. Notre grand-juge, ministre de la justice, et notre ministre de l'intérieur, sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

Bemerk. Die Ueberschrift des vorstehenden im franz. Gesetz-Bulletin pag. 559 aufgeführten Dekretes sagt, daß dieses Deich-Polizei-Reglement, unter andern, auch für das Noer-Departement gültig sey.

86. Au Palais des Tuileries le 28. decembre 1811.

Napoléon, Empereur des français etc  
Sur le rapport de notre ministre de l'intérieur;

Notre Conseil d'état entendu,

Nous avons décrété et décrétons ce qui suit:

## TITRE I.er

*Association d'arrondissement.*

## §. I.er

*Prorogation provisoire du Système actuel d'Administration dans la partie de la rive du Rhin, depuis l'extrémité supérieure du département de la Roër jusqu'à Neuss.*

ART. I.er Les digues existantes sur les parties de la rive du Rhin, depuis l'extrémité supérieure du département de la Roër jusqu'à Neuss, et celles qui contiennent le fleuve dans son lit, depuis Neuss jusqu'à Rhinberg, et protègent des communes où des propriétaires intéressés qui ne sont pas réunis en associations de polders, continueront provisoirement à être entretenues comme par le passé.

Les centimes additionnels imposés pour la formation du fonds spécial affecté à l'entretien des digues, continueront d'être perçus dans le département, excepté sur les terres des polders indiqués par l'article 3 du présent décret, suivant les proportions fixées par la loi du 16. septembre 1807.

2. Les règles d'associations particulières des propriétaires intéressés à la conservation des digues mentionnées dans l'article précédent, et la formation de ces polders en associations d'arrondissement, seront présentées le plutôt possible; et au plus tard avant le 1. avril prochain, à notre approbation, comme règlement d'administration publique, sur les avis du Préfet, du maître des requêtes directeur des polders, après l'examen de notre directeur général des ponts et chaussées, et sur le rapport de notre ministre de l'intérieur.

A chaque règlement d'association d'arrondissement sera jointe une carte figurative et délimitative des polders réunis pour une défense commune.

## §. II.

*Division par Arrondissemens dans la partie inférieure.*

3. Les polders compris entre l'embouchure actuelle de la fosse Eugénienne, au dessous de Rhinberg et de la Chartreuse de Xanten, formeront l'arrondissement de Buderick.

Les polders bornés par le Rhin et le Kalfflakke, entre Xanten, Emmerich et Calcar, formeront l'arrondissement de Calcar.

L'arrondissement des polders de Clève sera formé de tous ceux qui sont situés entre la grande digue et les coteaux qui s'étendent de Calcar à Nimègue. Le polder de l'Ooy, quoique situé dans le département des Bouches-du-Rhin, fera partie de cet arrondissement.

4. Les polders situés hors de la digue d'hiver de l'arrondissement de Clèves, et protégés par les digues d'été, continueront de former des associations particulières, et ne seront réunis à l'arrondissement devant lequel ils sont placés, que dans le cas où il serait jugé convenable de porter leur digue à la hauteur de celle d'hiver, et où elle deviendrait une portion de celles Banndeich.

5. Toute perception de centimes additionnels destinés à l'entretien des digues, cessera dans les polders désignés par les deux articles précédens, à compter du 1. janvier 1812, conformément au dernier paragraphe de l'article 1er.

### §. III.

#### *Concours des propriétaires en faveur des Polders calamiteux.*

6. Lorsqu'un polder devra employer, pendant une année, à sa défense, une somme plus forte que le montant de son revenu, c'est à dire, du rendage des terres qui le composent, déduction faite de la contribution foncière, ou lorsqu'après avoir employé pendant une année la totalité de son revenu, il aura encore à supporter l'année suivante une dépense qui excédera la moitié de ce produit, il pourra appeler à son secours les autres polders de l'arrondissement, dans une proportion qui ne pourra jamais excéder le cinquième du revenu de leurs terres, pour les polders inférieurs et pour le polder supérieur contigu par la digue, ni le sixième pour les autres polders supérieurs.

7. En cas de rupture, le polder dont la digue doit être reconstruite supportera la moitié de cette depen-

se; l'autre moitié sera répartie sur les polders de l'arrondissement; en raison de leur étendue, et de manière que les polders inférieurs et le polder supérieur contigu par la digue, payent le double de ce qui sera imposé aux autres polders supérieurs.

8. Le polder dont la digue aura été rompue, devra employer au paiement de sa moitié dans les frais de reconstruction de cette digue, une somme qui pourra s'élever jusqu'au montant de deux années de son revenu

9. Les sommes imposées à des polders pour secours ou pour contribuer à la reconstruction d'une digue rompue, ajoutées à celles qu'ils doivent employer pour leur propre entretien, ne pourront, dans aucun cas, former plus de la moitié du revenu de ces polders, en cas de simple secours, ni plus des deux tiers, en cas de rupture.

10. Si ces ressources se trouvaient insuffisantes pour les dépenses d'un ou de plusieurs polders, tous ceux du département seront appelés à leur faire une avance qui ne pourra excéder 2 francs par hectare, et qui sera remboursée dans les termes fixés par notre directeur général des ponts et chaussées, sur la proposition du maître des requêtes directeur des polders.

11. Seront exempts de contribuer à cette avance, les polders imposés au maximum fixé par l'article 9, en cas de rupture.

#### §. IV.

##### *Formalités à remplir pour être déclaré Polder calamiteux.*

12. Aucun polder ne pourra réclamer le secours des autres polders de son arrondissement, avant d'avoir justifié qu'il a dépensé pour sa défense les sommes déterminées par l'article 6 du présent décret.

Il adressera, en conséquence, sa demande de subside au Préfet, qui la transmettra au maître des requêtes, avec

1. L'état certifié par le contrôleur de contributions, du revenu du polder, déduction faite de l'impôt foncier.

2. L'état des sommes qu'il aura employées à l'entretien de ses digues et autres ouvrages pendant l'année précédente.

3. L'état des dépenses qui devront être faites pendant la même année pour le même entretien.

13. Le maître des requêtes, après avoir fait examiner la demande et les états qui seront joints par l'ingénieur en chef ou par une commission de trois membres des polders du même arrondissement qu'il nommera à cet effet, prendra s'il y a lieu, sur la demande du subsidé, un arrêté qu'il soumettra à notre directeur général des ponts et chaussées; le même arrêté fixera le montant du subsidé qui sera payé par chaque polder de l'arrondissement.

14. Les fonds que les polders secourus devront employer à leur défense, et ceux de subsidé et d'avances, seront versés par les receveurs des polders qui devront les fournir dans la caisse du receveur particulier des contributions, qui en tiendra compte séparé, et acquittera les mandats que le Préfet du département délivrera aux entrepreneurs des travaux aux époques fixées par les adjudications.

Le receveur particulier des contributions emploiera contre les receveurs en retard de verser dans la caisse les fonds auxquels les polders auront été taxés, les mêmes moyens de contrainte qu'il a contre les percepteurs des contributions.

15. Les polders dont les digues n'auront pas les dimensions requises, les renforceront successivement à leurs frais particuliers. Il pourra leur être assigné tous les ans un degré d'amélioration basé sur les moyens du polder, jusqu'à ce que la digue ait atteint le point de perfection exigé.

Ces travaux de perfectionnement seront ordonnés par notre directeur général des ponts et chaussées, sur les avis de l'ingénieur en chef, du Préfet, et la proposition du maître des requêtes directeur des polders.

16. Les frais de signaux et de correspondance extraordinaire dans les momens de dégel et de débacle, seront supportés par chaque arrondissement, et répartis sur chaque polder, en raison de son étendue.

17. Dans le reste du département, et dans les parties de la rive du Rhin protégées par des digues et non encore organisées en polders, les maires des communes intéressées pourvoient et veilleront, dans les momens de dégel et aux approches des débâcles, à la défense de la digue ou des parties de digue situées dans leurs communes.

Ils se conformeront, pour le service de la correspondance extraordinaire, aux instructions du Préfet et du maître des requêtes, et les frais de cette correspondance seront acquittés sur les fonds communaux et sur les mandats du Préfet.

## TITRE II.

### §. I. er

#### *Associations particulières.*

18. Tous les ans, aux mois d'avril ou de mai, une assemblée générale de tous les propriétaires ayant droit de voter, se réunira dans chaque polder, pour discuter et arrêter les résolutions qui peuvent intéresser l'administration et la défense du polder.

19. Pour avoir droit de voter dans l'assemblée générale d'un polder, il faut y être propriétaire d'au moins quatre hectares.

20. L'assemblée générale s'occupera,

1. D'élire les membres de la direction et les députés du polder, ou de nommer aux places vacantes;
2. De recevoir le compte des recettes du polder pour l'année précédente;
3. D'arrêter les travaux d'entretien des digues et moyens d'écoulement, et de voter la répartition de l'appel des fonds (Morgen-Geld) nécessaires, tant pour sa propre défense, que pour fournir les sommes qui auraient pu être imposées à titre de subside ou d'avances pour les polders nécessaires.

### §. II.

#### *Direction particulière des polders.*

21. La direction de chaque polder, nommée à la pluralité par l'assemblée générale, se composera,



1. D'un chef député, ou de plusieurs députés, dont le nombre ne peut excéder quatre, et qui seront chargés de surveiller l'emploi des fonds de l'association;
2. D'un dykgraaf,
3. D'autant des jurés (Heimrätbe) que la digue du polder a de fois mille perches d'étendue;
4. D'un receveur ou caissier faisant fonctions de greffier de la direction et de l'assemblée générale, et chargé du dépôt des archives du polder.

22. Nul ne pourra être dykgraaf ou juré de plus d'un polder, et s'il n'a droit de voter à l'assemblée générale des propriétaires.

Le dykgraaf et les jurés devront résider dans le polder.

### §. III.

#### *Fonctions du dykgraaf et des jurés.*

23. Le dykgraaf convoquera l'assemblée des propriétaires, au moins quinze jours à l'avance, par affiches et publications, ainsi que par l'insertion dans la feuille départementale.

Il lui présentera le compte des recettes et dépenses de l'année précédente, rendu par le receveur, et le budget de l'année courante, dressé et arrêté par la direction.

Il prévendra le Préfet du jour fixé pour l'assemblée; il lui transmettra le procès-verbal de la séance, et sollicitera de lui l'homologation du rôle de répartition qui doit être par lui rendu exécutoire.

24. Le compte général, pour ce qui concerne les travaux des polders calamiteux, sera dressé par les ingénieurs des ponts et chaussées chargés par l'article 35, titre IV, de notre décret du 11. janvier dernier, de diriger les travaux.

Ces comptes, après avoir été revêtus du visa du Préfet, seront soumis par lui au maître des requêtes, qui les renverra, après examen, à notre directeur général des ponts et chaussées, pour être définitivement approuvés suivant l'usage.

25. Il ne pourra être convoqué d'assemblée générale extraordinaire que sur l'autorisation du Préfet, sollicitée par la direction particulière.

26. Le dykgraaf surveillera périodiquement et fera surveiller par les jurés l'entretien des ouvrages de défense et d'écoulement des polders.

Il adjugera publiquement, en présence de toute la direction, les travaux autres que ceux dont le paiement est imputé sur les fonds de subside, dont les adjudications sont passées par le Préfet, conformément à l'article 35 de notre décret du 11. janvier dernier. Il tiendra la main à l'exécution des conditions d'adjudications.

27. Il ordonnera le paiement des fournitures et travaux, après due réception, ainsi que celui des frais ordinaires et extraordinaires du polder.

28. Il entretiendra les approvisionnemens de matériaux et d'outils qui doivent exister dans les magasins de secours, sous les rapports de quantité et de qualité.

29. Il fera exécuter les réglemens de police par les gardes-digues du polder.

30. Le dykgraaf correspondra avec le maître des requêtes, par l'intermédiaire du Préfet, sur tout ce qui intéresse la conservation du polder; il exécutera et fera exécuter les ordres qu'il recevra directement de lui ou du Préfet du département, ou ceux que lui transmettront les ingénieurs des ponts et chaussées.

31. Il adressera au maître des requêtes, par l'intermédiaire du Préfet, le détail des observations faites, pendant chaque année, sur les changemens que peuvent avoir éprouvés les rivages en avant du polder et le cours des eaux dans la partie qui borde ces rivages.

32. Il adressera à la direction générale, le 1. janvier de chaque année, l'état des délits constatés pendant le cours de l'année précédente, et du résultat des poursuites qui auront eu lieu contre les délinquans.

33. Dans les grandes crues et les débâcles, dès que l'eau extérieure aura atteint le no. 16 de l'échelle

du Rhin, le dykgraaf commencera, avec les jurés, la garde de la digue, et ne cessera de la garder jour et nuit que lorsque le niveau sera descendu au-dessous du point indiqué ci-dessus.

Tant que durera la garde de la digue, le dykgraaf et un juré, ou, en l'absence du premier, deux jurés, devront toujours se trouver à leur poste, et aucun d'eux ne pourra s'éloigner de la digue de plus de deux kilomètres.

34. Dans les momens de danger, le dykgraaf réunira sur la digue le nombre d'ouvriers qu'il jugera nécessaire à sa défense, en appelant par le messenger ou garde-digue, ou par le son du tocsin, les habitans des communes qui font partie du polder; il répartira, dirigera et fera diriger les travailleurs; il veillera à l'exécution ponctuelle de ses ordres ou de ceux qu'il recevra des autorités supérieures.

35. Le dykgraaf, accompagné des autres membres de la direction, fera annuellement deux tournées d'inspection de la digue et du rivage, et deux tournées des canaux, rigoles ou écluses d'écoulement.

Copie des procès-verbaux de ces inspections sera adressé au maître des requêtes par l'intermédiaire du Préfet; savoir: ceux des premières inspections de digues et canaux, le 1. avril, et des deux dernières, le 1. octobre, au plus tard.

#### §. IV.

##### *Fonctions du Receveur-greffier.*

36. Le receveur du polder fournira à l'assemblée générale des propriétaires, une caution à sa satisfaction pour la recette particulière du polder.

37. Il recouvrera, dans le courant de l'année, toute la somme votée par l'assemblée générale, et emploiera contre les contribuables en retard et leurs fermiers, les moyens mis à la disposition du receveur des contributions directes.

38. Le Morgengeld ou fonds d'imposition se paiera dans les termes fixés par la délibération de l'assemblée générale; et le receveur devra acquitter les man-

dats du dykgraaf jusqu'à concurrence des sommes qui auraient dû être perçues à leurs dates, sans pouvoir prétendre aucun intérêt dans le cas où le défaut de recouvrements suffisans le forcerait d'avancer ses propres fonds.

39. Quels que soient les termes fixés par l'assemblée générale pour le paiement du Morgengeld, ils ne pourront s'étendre au-delà de l'année pendant laquelle il aura été voté, et la rentrée devra en être faite et achevée le 20. decembre de la dite année.

40. Les frais de contrainte et d'exécution seront, comme ceux des contributions publiques, réglés par le Sous-Préfet de l'arrondissement.

#### §. V.

#### *Gardes-digues.*

41. Les gardes-digues-et-écluses seront nommés par le dykgraaf de chaque polder, et pourront être révoqués par lui.

42. Chaque polder n'aura qu'un garde digues; celui de la Duffelt seul pourra en avoir deux, à cause de son étendue.

43. Les gardes-digues seront en même temps les messagers des directions, et seront employés par les receveurs de chaque polder comme porteurs de contraintes.

44. Ils seront assermentés en justice, et affirmeront devant le juge de paix les procès-verbaux par lesquels ils constateront les délits prévus par le règlement de police.

45. Outre leur traitement fixe, ils recevront une remise sur les amendes prononcées par suite de leurs procès-verbaux: cette remise sera de moitié pour les amendes qui n'excéderont par 20 fr.; elle sera de 10 fr. pour celles qui seront au-dessus.

46. En cas d'insolvabilité des délinquans condamnés, la caisse du polder paiera au garde-digue qui aura constaté le délit, l'équivalent de la remise à laquelle il avoit droit.

## §. VI.

*Travaux et fournitures.*

47. Aucun membre de direction particulière ne pourra sous peine de destitution, être intéressé dans les adjudications, soit pour les travaux, soit pour les fournitures de matériaux.

48. La réception des ouvrages et matériaux se fera en présence des membres de la direction, par des experts ou hommes de l'art, et leurs certificats seront joints à l'appui des mandats de paiement.

49. Les dimensions des fouilles nécessaires dans l'intérieur du polder ou auprès du talus extérieur de la digue, seront tracées par le dykgraaf, de manière qu'elles ne puissent nuire à la conservation de la digue, et qu'à l'intérieur le terrain fouillé puisse encore être planté.

Le dykgraaf veillera à ce que les terres intérieures devenues stériles par suite des fouilles mal dirigées, soient remises en état de produire des bois de fascines, par des saignées ou autres moyens usités.

50. Les terres ensablées par suite de ruptures de digue et restées incultes, devront être mises en valeur ou plantées par les propriétaires dans l'espace de deux ans.

Ce terme expiré, les terres non productives seront plantées aux frais de l'association et administrées pour son compte par la direction, jusqu'à parfait remboursement des dépenses occasionnées par leur mise en valeur, moins les sommes rentrées dans la caisse du polder par la vente de leurs produits.

51. Lorsqu'un polder voudra changer l'écoulement de ses eaux intérieures, il en fera la demande au Préfet; celui-ci la transmettra, avec son avis, au maître des requêtes directeur général des polders, qui statuera.

La demande ne sera accordée qu'après que les directions intéressées dans ce changement auront été consultées.

52. Aucun polder ne pourra ouvrir d'emprunt que sur l'autorisation donnée par nous en conseil d'état,

sur la proposition de notre directeur général des ponts et chaussées, d'après celle du maître des requêtes, l'avis du Préfet, le vote de l'assemblée générale des propriétaires et le rapport de notre ministre de l'intérieur.

53. Les polders contigus qui désireront se réunir pour n'avoir qu'une seule direction commune, pourront y être autorisés par notre directeur général des ponts et chaussées, sur la proposition du maître des requêtes.

### §. VII.

#### *Disposition générales.*

54. La première assemblée générale des propriétaires de chaque polder, c'est-à-dire, celle de 1812, soumettra au Préfet la fixation des traitemens et des vacations invariables dont jouiront les membres de la direction.

Ces propositions devront être envoyées en même temps que le procès-verbal de la séance.

Notre directeur général des ponts et chaussées prononcera sur ces propositions, d'après l'avis du maître des requêtes.

55. Le dykgraaf pourra suspendre un juré qui ne remplirait pas ses devoirs, et le remplacer provisoirement.

L'assemblée générale prononcera sur le rapport que le dykgraaf lui soumettra à la séance suivante.

56. L'assemblée générale pourra remplacer le receveur dont elle sera mécontente.

En cas de mort, ou d'autre événement qui arrêterait les opérations du receveur, le dykgraaf en remplira les fonctions jusqu'à la prochaine assemblée générale, ou les confiera, sous responsabilité, à un des jurés du polder.

57. Les plaintes contre le dykgraaf seront portées à l'assemblée générale; et la délibération qui en sera la suite sera soumise au maître des requêtes, qui en référera à notre directeur général des ponts et chaussées.

58. Les indemnités dues aux ingénieurs, conducteurs, piqueurs, etc., pour les travaux des polders dans

le département de la Roër, seront toujours relatives à l'importance et à l'étendue des travaux dont ils auront dressé les projets et dirigé l'exécution; elles ne pourront excéder 4000 francs par an.

La répartition en sera arrêtée tous les ans par notre directeur général des ponts et chaussées, sur la proposition du maître des requêtes directeur des polders.

Nos ministres de l'intérieur, des finances, et du trésor impérial, sont chargés, chacun en ce qui le concerne, de l'exécution du présent décret.

87. Im Pallast der Thuilerien den 12. Jan. 1813.

Napoleon, Kaiser der Franzosen ic.

Die Bestimmungen der kais. Dekrete v. 20. Juli 1808, (franz. Gesetz-Bulletin s. Nr. 3589) wegen derjenigen Juden, welche keine bestimmte Vor- und Familien-Namen haben, und vom 18. August 1811 (franz. Ges. Bull. s. Nr. 7178), welches diejenigen Einwohner in den holländischen Departementen betrifft, so bis dahin keine bestimmte Familien- und Vor-Namen hatten, sind auf diejenigen Bewohner der Departemente der Elbe-Mündungen, der Weser-Mündungen, der Ober-Emis und der Lippe anwendbar, welche bis jetzt keine feste Familien- und Vor-Namen haben.

Bemerk. Der Präfekt des Lippe-Departements hat sub dato Münster den 10. Febr. ej. a. die zur Ausführung der obigen Bestimmungen erforderliche Eröffnung von Registern verfügt und die Maires seines Departements mit Anweisung versehen.

88. Au Palais de St. Cloud le 6. septembre 1813.

Conseil d'Etat.

Extrait du Registre des deliberations.

Séance du 24. août 1813.

Le Conseil d'Etat qui, d'après le renvoi ordonné par Sa Majesté, a entendu le rapport de la section des finances, sur celui du ministre de ce même départe-

ment, tenant à faire payer par l'administration des domaines sa quotepart des arrérages des capitaux qui avaient été empruntés par les polders du département de la Roër, antérieurement à l'époque, où elle a vendu des portions de polders, en les affranchissant de toutes charges et dettes;

Vu les observations du directeur des polders et celles des directeurs généraux des ponts et chaussées, des domaines et de la caisse d'amortissement;

Considérant que les acquéreurs des polders dont il s'agit ne peuvent être tenus de payer les arrérages des capitaux empruntés par les associations, puisqu'ils ont acheté leurs propriétés avec exemption de toutes charges et dettes;

Que par suite de cette clause, insérée au contrat de vente, le domaine a nécessairement tiré de ces biens un parti plus avantageux qu'il ne l'aurait fait, s'il eut imposé aux acquéreurs la condition du paiement des dettes existantes :

Est d'avis :

1. Qu'il convient de charger l'administration des domaines de payer les arrérages des capitaux empruntés qui se trouvent à la charge des portions de polders qu'elle a vendues en les affranchissant de toutes dettes;

2. Qu'il convient d'imposer à l'avenir aux acquéreurs des polders qui seront mis en vente par l'état, les conditions de supporter les charges contractées antérieurement à leur entrée en jouissance.

pour extrait conforme

le secrétaire général du conseil d'Etat, signé J. G. LOCRÉ.

Approuvé au palais de St. Cloud le 6. sept. 1813.

Pour l'Empereur et en vertu des pouvoirs qu'il nous a confiés; signé MARIE-LOUISE,  
l'archichancelier de l'Empire, signé CAMBACÉRÉS,  
par l'Impératrice Régente :

le Ministre Secrétaire d'Etat de la Régence,  
signé, le Duc de CADORE.